

Fakten, Entwicklungen und Gefahren im zeitlichen Umfeld der Ratifizierung der „EU-Verfassung“ –

Strategiepapier zum Umgang mit sogenannten Denkfabriken und deren Hintermächten

herausgegeben als Reaktion auf
politisch operierende Stiftungen
Zentren für Politikforschung,
aktuelle Weltpolitik und
Hintergründe

April 2005

$$\begin{aligned} & - 29.10.2004 - \\ Q_1 &= 18 = 6 + 6 + 6 \end{aligned}$$

$$- 01.11.2006 -$$

$$\begin{aligned} 1+1+1 &= 3 \\ 3 \times 2 &= 6 \\ 2 / 3 &= 0.666 \\ 1+11+2+6 &= 20 \\ &= 33 - 13 \end{aligned}$$

Einführung

Am 29.10.2004 wurde in Rom die sogenannte „Europäische Verfassung“ durch die Staats- und Regierungschefs der EU unterzeichnet. Die Verfassung soll am 01.11.2006 nach Abschluss der nationalen Ratifizierungsverfahren in Kraft treten. Diese Daten werden in den Schriften der Bertelsmann-Stiftung und des ihr angeschlossenen „Centrums für angewandte Politikforschung“ (CAP) an mehreren Stellen hervorgehoben, begleitet vom Begriff der „feierlichen Unterzeichnung“. Die vehemente Befürwortung dieses bekanntermaßen militaristische Ziele stützenden Vertragswerkes durch CAP/Bertelsmann als einen seiner maßgeblichen geistigen Väter ist nicht erstaunlich. Auch die Wahl der Daten und die Einbindung gegenwärtiger machtpolitischer Kräfte aus dem Umfeld von Bertelsmann in die schriftliche Fixierung des Verfassungstextes sind isoliert betrachtet keine erstaunlichen Sachverhalte mehr, wäre da nicht ein von Bertelsmann selbst initiiertes und beispielloses Ereignis, welches das ganze Ausmaß des langfristig angelegten globalisierten Machtanspruches dieser Kräfte offen gelegt hat: Die alle außenpolitischen Kompetenzen innerhalb der BRD auf den Kopf stellende Einladung Juschtschenkos zur Rede vor dem deutschen Bundestag im März 2005 als demonstrative und diktierte Verknüpfung des mittels Madelaine Albright und CIA an die Macht gekommenen Regimes mit dem Namen Deutschlands und des Deutschen Volkes. In der offiziellen Berichterstattung wird dieser Sachverhalt belegt durch die konsequente Ausklammerung der Namen „CAP“ und „Bertelsmann“ und der wahren Hintergründe des Umsturzes in der Ukraine, sowie durch eine anbiedernde Berichterstattung über die orangene Revolution mit dem Höhepunkt der Aussage Joschka Fischers gegenüber Juschtschenko: „Bei Ihnen bedanke ich mich stellvertretend für das gesamte Deutsche Volk“. Im Gegenzug trat Juschtschenko in Berlin mit klarer Forderung nach einem baldigen EU-Beitritt auf, gepaart mit der unglaublichen und frei von Selbstkritik formulierten Aussage an die Adresse Deutschlands, daß die Visa-Affäre die bilateralen Beziehungen beider Länder belaste.

Das Auftreten Juschtschenkos und die deutschen Verlautbarungen von offizieller Seite sind durchaus plausibel angesichts der schon lange bestehenden Unterstützung Juschtschenkos: Bei Bertelsmann selbst wurde bereits im Dezember 2004 die anmaßende Aussage getätigt „... So steht schon heute praktisch fest, daß die Ukraine (der EU) beitreten wird“. Die langfristige Unterstützung der orangenen Revolution wird von Bertelsmann offen zugegeben, Außenminister Tarasyuk bedankte sich hierfür beim deutsch-jüdischen Dialog im März 2005. Die anbiedernden Formulierungen der Tagespresse werden noch überboten, indem Juschtschenko als „Held der Ukraine“ und die orangene Flagge als „Zeugin des Sieges der Demokratie in der Ukraine“ bezeichnet werden. Ergänzt wird diese Aktivität von Bertelsmann und CAP durch eine anhaltende Nötigung Deutschlands und Europas (unter Ausklammerung von Informationen über die Aktivitäten Albrights und des CIA): Die verständlichen Widerstände gewählter Volksvertreter gegen eine Einmischung in die Kompetenzen des deutschen Bundestages werden als „politische Verwirrung im Vorfeld“ bezeichnet. Dies belege, daß die Europäer kein Konzept zur politischen Einbindung der Staaten hätten, die zwischen der erweiterten EU und Russland liegen. Nur „massiver Druck aus den Hauptstädten, insbesondere aus Warschau“ habe EU-Spitzenvertreter zu Solidaritätsbekundungen vor Ort bewegt. Als sei dies noch nicht genug wird zusätzlich die Brücke nach Weißrussland geschlagen,

wo weite Teile der Opposition das Vertrauen in die EU verloren hätten. Es werden von Bertelsmann konkrete Ratschläge unterbreitet, wie die EU auch in Weißrussland ihr Interesse (soll heißen: das Interesse der Kräfte um Bertelsmann) durchsetzen solle, etwa durch eine sogenanntes europäisches Haus in Minsk und die Ernennung eines hochrangigen Sonderbeauftragten für das Land. Es wird bemängelt, daß sich die EU bislang nicht dazu durchringen konnte, einen externen Fond einzurichten, der auch Initiativen unterstützt, die vom Regime nicht offiziell anerkannt sind. Damit wird die EU zu Maßnahmen genötigt ähnlich denjenigen, mit denen G.W.Bush im Oktober 2004 gescheitert war, nämlich durch das von ihm unterzeichnete „US-Gesetz zur Förderung der Demokratie in Weißrussland“ und durch seine Bezeichnung Lukaschenkos als „Diktator“ einen Umsturz in Weißrussland erwirken zu können. Schließlich ist bei Bertelsmann die Rede von einer „Transformationskraft“, derer sich die EU bewusst werden solle, was aber nur im „engen Schulterschluss mit den USA“ gelingen könne. Daß dieser geballte rhetorische Impetus von Bertelsmann bereits auf der obersten Ebene der Weltpolitik begleitet wird, ist durch den Bush-Besuch in Europa belegbar: im Vorfeld enge Konsultationen zwischen Bertelsmann und der Bush-Administration, Vorbereitung des Treffens zwischen Bush und den „Young Leaders“ des CAP – in der Tagespresse verkauft als der Kontakt Bushs mit der deutschen Bevölkerung, Teilnahme hoher Bertelsmannvertreter beim Essen von Schröder und Bush, unüberhörbare Seitenhiebe Bushs auf Putin und Lukaschenko, sowie eine klare Sympathiekundgebung seinerseits für die außerparlamentarische Opposition in Weißrussland.

Diese Aktivitäten von Bertelsmann und Umfeld sprechen eine eindeutige Sprache hinsichtlich des angestrebten Selbstbildes der „unabhängigen Denkfabrik“ als neue Speerspitze in der deutschen und europäischen Außenpolitik. Eine eingehende Betrachtung soll zeigen, daß die Beispiele Ukraine und Weißrussland nur einen Ausschnitt aus den langfristig angelegten globalisierten Strategien und Vernetzungen von CAP/Bertelsmann darstellen und damit die unbedingte Notwendigkeit besteht für eine ebenso globalisierte Kenntnis der dargelegten Sachverhalte zwecks Gegensteuerung. Mit welchem Ausmaß an Machtanspruch die Menschheit hier zu tun hat, zeigt eine Bertelsmann-Schrift, in der Europa mit den Begriffen „Erschöpfung“ und „Untergang“ in Verbindung gebracht wird – und dies in Anbetracht der Opfer und Vasallendienste, die man von diesem Kontinent von gleicher Adresse aus zunehmend erwartet. Berechnenderweise wird die Schuld für ein mögliches konsekutives Scheitern Europas im Vorhinein ihm selbst zugeschrieben, da ihm „für eine Revitalisierung die Kraft, die strategische Vision und die ordnende Idee fehle“. Weiter heißt es: „Die Geschichte ist voller Szenarien des Untergangs, die aus Überforderung und Überdehnung großer politischer Räume entstanden. Nur wenn die gewaltigen Probleme Europas beim Namen genannt werden und Ordnung in die Gedanken einzieht (Frage: welche Ordnung ?!), dann hat Europa vielleicht (!!) noch eine Chance“. Auch hier eine eindeutige Sprache: Aktive Einbindung eines ganzen Kontinents in eine höchst fragwürdige globalisierte Politik durch die Weltmächtigen mit bereits einkalkulierter, also kaum ungewollter Überforderung und Schadensnahme dieses Kontinents.

Die Probleme des europäischen Bürgers haben sich in den letzten 2-3 Jahren potenziert. Waren die Geschehnisse damals stark zentriert auf das Thema USA/Israel und auf die Abwendung des Irak-Krieges bzw. einer Beteiligung an demselben, so hat es der Bürger heute mit einer multilateralen und nahezu alle Lebensbereiche tangierenden Bedrohung durch eine Weltführung zu tun, die weniger lärmend, aber umso effektiver ihren Zielen nachgeht, vorbei an den scheinbar mit Exekutivfunktionen ausgestatteten Regierungen und Parlamenten,

begleitet von einer Medienlandschaft, die hinsichtlich der Ausklammerung treffender Hintergrundberichte weitgehend gleichgeschaltet ist, wie das Beispiel Ukraine gezeigt hat. Doch gerade hierin liegt die Chance Europas und seiner Bürger: obwohl noch im Gange ist diese Politik bereits Historie und in ihrer langfristig angelegten Intention nur noch – und dies sicher nicht mehr lange – durch eine konsequente Ausklammerung von Hintergrundberichten in den offiziellen Medien zu stützen. Statt von „Transformationskraft Europas“ sollte von „Intuitionskraft“ des einzelnen Europäers und der Menschen aller Kontinente die Rede sein, die mehr als je zuvor der Möglichkeit entgegensehen, kommenden Generationen die wahren Hintergründe und Hintermächte der Politik unserer Zeit belegen zu können mit allen Konsequenzen, die sich für den Blick nach Vorne und für eine revidierte Bewertung der Vergangenheit ergeben. Eine eingehende Betrachtung der folgenden Sachverhalte ist somit lohnenswert. Alle Themen, Zitate und Fakten wird der Leser durch eine entsprechende Stichwortrecherche im Internet selbst finden können, so daß in dieser Schrift die Nötigung des Gesetzgebers zur unglaublichen Distanzierung von entsprechenden Internetziten umgangen wird.

Profil und Vernetzung

Der Bertelsmann-Verlag wurde 1835 von Carl Bertelsmann gegründet und stand ursprünglich der evangelischen Minden-Ravensberger Erweckungsbewegung nahe. Das Signet des Verlages nahm noch bis in das 20. Jahrhundert hinein Bezug auf die Verse 7 und 8 des 24. Psalms. In der jüngeren Geschichte sind unterschiedliche Ansichten über die Rolle des Verlages während der NS-Zeit und über die Hintergründe der behördlichen Verlagsschließung im Jahre 1944 bemerkenswert. Die Bertelsmann-Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet, einem der reichsten Männer Deutschlands und Sohn von Heinrich Mohn, der die Geschäfte des C.Bertelsmann-Verlages bis 1949 leitete. Sitz der Stiftung und des Konzerns ist Gütersloh, der Geburtsort von Carl Bertelsmann. In einem aktuellen Selbstporträt sieht sich die Stiftung als „Reformmotor, der den gesellschaftlichen Wandel fördert und das Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft unterstützt“. Ebenso findet sich der Hinweis, daß die Stiftung das traditionelle kulturelle und soziale Engagement der Inhaberfamilien Bertelsmann und Mohn fortsetze und die Unternehmenskontinuität der Bertelsmann AG sichern wolle, an deren Anteilen sie eine Mehrheit von 57,6 Prozent besitzt. Der Konzern Bertelsmann ist heute das größte Medienunternehmen Europas. Die wichtigsten Umsatzträger sind die Fernsehgruppe RTL und ein bedeutender Medien-Dienstleister. Zusammen erwirtschaften diese beiden Umsatzträger mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes. Ein großer Teil des weltweiten Geschäfts wird von der US-amerikanischen Zentrale des Konzerns gesteuert, dem Bertelsmann-Tower im New York, dem weltweit größten Verlagshaus. Spätestens seit der Übernahme von Random House im Jahre 1998, dem damals weltgrößten englischsprachigen Buchverlag, ist Bertelsmann auch in den USA zum Medienriesen emporgestiegen.

Das 1995 an der Ludwig-Maximilian-Universität in München gegründete „Centrum für angewandte Politikwissenschaft“ (CAP) bezeichnet sich selbst als „unabhängige Denkfabrik“, betont aber seine enge Verknüpfung mit der Bertelsmann-Stiftung, die als „einer der wichtigsten gesellschaftlichen

Innovatoren in der politischen Landschaft Deutschlands“ bezeichnet wird. Als weitere Partnerschaften und Kooperatoren werden unter anderem genannt: Auswärtiges Amt, Europäische Kommission, Deutschland-Radio, Bundesministerium für Familie und Jugend, Bundespresseamt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Europäische Politik, German Marshall Fund, Hebräische Universität Jerusalem und die Weltbank. Das CAP beansprucht in seinem Selbstporträt die „Organisation von wissenschaftlichem Sachverstand“ um Politiker bei Entscheidungen zu unterschiedlichen Themen zu beraten. Hierbei spreche das CAP mit einem „differenzierten Instrumentarium und einer Vielzahl von Multiplikatoren politische Entscheidungsträger, Experten und die Öffentlichkeit an“. Ein wichtiger Aspekt ist, daß sogenannte „Gesprächsforen“ eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Arbeitsergebnissen spielen, zu denen regelmäßig neben Experten (also Politikern und Entscheidungsträgern) auch Journalisten eingeladen werden. Damit werden die Absichten und „Ratschläge“ des CAP unabhängig von deren Berücksichtigung durch Entscheidungsträger unmittelbar medial multipliziert. Ebenfalls mit Bertelsmann verknüpft weil vollständig von diesem finanziert ist das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), das wiederum eng mit der Hochschulrektorenkonferenz, den Karlsruher Richtern, sowie Spitzenvertretern aus Politik und Industrie verbunden ist. Dieses Centrum wurde spätestens bekannt durch die aktive Durchsetzung der Einführung von Studiengebühren und der damit verbundenen Übernahme des US-amerikanischen Phänomens der „Young Leaders“. Im Klartext: durch gezielt aufgebaute finanzielle Hürden wird eine Reduktion der Studentenzahlen und damit eine Schwächung der bisher breiten und politisch unabhängigen Akademikerschicht angestrebt. Damit wird in Deutschland eine dem bisher geltenden Humboldtschen Bildungsprinzip diametral entgegenwirkende Ausbildungs- und Managementsituation geschaffen mit Hauptaugenmerk auf die einseitige Förderung einer durch linientreue Geldgeber gestützten geistigen Elite.

Die Young Leaders sind bisher vor allem durch israelisch-deutsche Austausch-Programme in Erscheinung getreten, dies wiederum in enger Abstimmung mit israelisch-deutschen Projekten „für Toleranz und gegen Anderes“ wie „Betzavta“ und „Entimon“, sowie dem sogenannten „Deutsch-jüdischen Dialog“ unter Lord George Weidenfeld, der bereits in seiner Jugend Mitglied einer schlagenden zionistischen Studentenverbindung war. Wie auch Lord Victor Rothschild ist der gebürtige Österreicher Lord Weidenfeld of Chelsea eines der zionistischen Mitglieder des britischen Oberhauses. Weiterhin ist er Vorstandsmitglied der Diplomatischen Akademie Wien und ehemaliger politischer Berater und Kabinettschef des israelischen Präsidenten Weizmann. Die „Welt am Sonntag“ nennt Lord Weidenfeld den „Profi der Profis der Netzwerkspinner“. Im hier dargelegten Netzwerk ist er eine zentrale Persönlichkeit, deren Aktivitäten und Stellungnahmen wesentlichen Aufschluss über die globalisierten Absichten dieses Netzwerkes geben. Gemäß der Website des „Jewishtribalreview“ bezeichnet der Verleger (der auch Kolumnist mehrerer deutscher Tageszeitungen ist und eine Papst-Biographie schreiben wird) den Zionismus als den wesentlichen Steg und Jerusalem als den archimedischen Referenzpunkt in seinem Leben. An dieser Stelle sei eingeflochten, daß gemäß der bis heute gültigen UN-Resolution 3379 vom 10. November 1975 der Zionismus als eine Form des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung angesehen wird. Lord Weidenfelds Ansichten über Israel gehen aus seinen Redebeiträgen im House of Lords hervor. So behauptet er am 13. Juli 2001, also kurz vor 9/11, daß Syrien ein Bildungssystem besitze, welches den Genozid an den Juden befürworte. Mit einer bemerkenswerten Wortwahl gibt er zu, daß die israelische „Transgression“ gegenüber den Arabern ein Grund für die Bitterkeit vieler Araber sei, daß aber die israelischen Medien die beste Quelle für die diesbezügliche Kritik seien, denn

Israel sei „eine Demokratie, pulsierend, laut, Seelen-suchend (was wohl im Deutschen „wahrheitsliebend“ heißen soll) und rücksichtslos selbstkritisch“. Diese Adjektive könnten für den Freund Abba Ebans Anlaß sein, als Mitglied des britischen Oberhauses im Deutsch-jüdischen Dialog über den Begriff „British-Israel“ zu referieren und die Erkenntnisse einer breiten Öffentlichkeit in Europa kund zu tun. Das Argument des Hirngespinstes scheidet hier aus, da viele Bürger Israels und der britischen Inseln, insbesondere unter den Ulster-Unionisten, an den jüdischen Ursprung Großbritanniens glauben. Die Begriffe „British“ und „B'rith“ identisch? - die Briten: Gentiles oder Israelites? Liegt hier der Schlüssel für die seit Generationen auffallende und zunehmende Verknüpfung Großbritanniens mit jüdischen, insbesondere zionistischen Interessen? Für die vielleicht weniger informierten Bürger auf dem europäischen Festlande sei die Frage anders formuliert: was hat die Rote Hand (ein Thora-Symbol) und der Davidsstern in der bis 1972 gültigen Flagge Nordirlands zu bedeuten? Sind die drei Leoparden, der Löwe und die irische Harfe im britischen Wappen nicht letztlich jüdische Symbole? Was sagen die britischen Teilnehmer des Deutsch-jüdischen Dialogs? Die Beschäftigung mit diesen Fragen wird zunehmend öffentlich verlaufen und keinesfalls auf die nicht-öffentlichen Zirkel der Denkfabriken beschränkt bleiben. Die Dominanz der Öffentlichkeit in einer derartigen Beschäftigung ist wichtig, da man sich das Ausmaß an Wahrheitsbezug bewusst machen muß, den Lord Weidenfeld seinen eigenen Lords im Oberhaus noch im März 2004 zumutet: „Die Geschichte von der allmächtigen jüdischen Lobby in den Vereinigten Staaten ist ein populärer Mythos ...“. Hier sei daran erinnert, wie vehement die berühmt gewordene Aussage Ariel Scharons vom 3. Oktober 2001 („wir, die Juden, kontrollieren Amerika und Amerika weiß das“) in der öffentlichen Presse teils ausgeklammert und teils als frei erfunden hingestellt wurde. Auch ist der Verlag Weidenfeld & Nicholson zu nennen, der bereits in den 50er Jahren Publikationen herausgab, welche das offizielle Holocaust-Bild bis heute prägen und stützend gegen viele revisionistische Schriften verwendet wurden. In internationalen Publikationen ist der Publizist selbst eine häufig zitierte Persönlichkeit, insbesondere im Hinblick auf Interventionen bei Israel-kritischen Äußerungen innerhalb Großbritanniens und der USA. Auch sei eine Publikation über die ehemals den Vietnam-Krieg ablehnend gegenüberstehende und anschließend vom CIA infiltrierte und sabotierte Grove Press genannt: nach erscheinen einer Biographie über den CIA-Spion wurde Grove-Chef Barney Barnes von den neuen Eigentümern der Grove-Press hinausgeworfen: Ann Getty und Lord Weidenfeld, die Grove im Jahre 1985 gekauft hatten. Neben der weit verzweigten politischen und verlegerischen Aktivität ist Lord Weidenfeld ein Mitglied der „New Atlantic Initiative“ (NAI) mit Sitz im American Enterprise Institute in Washington D.C., deren erklärtes Ziel die Einbindung der „jungen“ europäischen Demokratien in das atlantische Verteidigungsbündnis ist. Eine aktuelle Liste der Namen leitender Mitglieder spricht für sich: Aznar, Havel, Murdoch, Rumsfeld, Margaret Thatcher, Helmut Schmidt, Lord Weidenfeld und Henry Kissinger, womit sich der Kreis zu den Bilderbergern, dem Council of Foreign Relations und den Trilateralen schließt - Organisationen, zu denen entsprechende Hintergrundinformation an dieser Stelle vorausgesetzt werden. So bekommt der sich dem völkerrechtswidrigen Irak-Krieg anschließende Aznar auch einen zentralen Platz in der Fotogalerie auf der Titelseite des Selbstporträts des Münchner CAP, neben Rau und Süßmuth.

Bleibt noch eine andere bekannte Weltmacht, über die ebenfalls Hintergrund-Information vorausgesetzt wird: die B'nai B'rith (BB) besitzt in Brüssel eine Außenstelle unter dem Namen „European Center for Public Affairs“, deren selbst gewählte Abkürzung (CAP) mit der des Münchner Centrums für angewandte Politikforschung identisch ist. Es existieren drei weitere Organisationen mit

gleichem Namen (einziger Unterschied ist die Buchstabierung „Center“ bzw. „Centre“): das von einem ehemaligen UN-Botschafter und engem Vertrauten Ariel Scharons geleitete „Jerusalem Center for Public Affairs“, das in seinen Schriften u.a. Saudi-Arabien als „Königreich des Hasses“ bezeichnet und den Deutschen vorwirft, sie hätten gemeinsam mit Frankreich Saddam Hussein mehr als jede andere Nation durch Massenvernichtungs- und Nuklearwaffen geholfen; der „European Center for Public Affairs“, der sich selbst unter den Namen „European Policy Centre“ (EPC) und „European Training Institute“ (ETI) führt und europaweit als die größte „Denkfabrik“ gilt - mit bemerkenswerter Übereinstimmung des Eigenprofils mit demjenigen des Münchener CAP; dies gilt ebenso für das gleichnamige „European Centre for Public Affairs“ (ECPA) mit Sitz in Oxford, das seine Aktivitäten ebenfalls auf die EU bezieht. Alle 5 Institute sind im Rahmen der Europäischen Union und bei Betrachtung offiziell genannter Mitarbeiternamen scheinbar unabhängig voneinander aktiv. Die übereinstimmende Bewertung der EU und ihrer Politik muß hervorgehoben werden, ebenso die offen zugegebene Zusammenarbeit: Shlomo Avineri ist mit dem Münchner CAP durch gemeinsame Projekte, Fachkonferenzen, Publikationen und eine Gastprofessur verbunden. Eine der wichtigsten gemeinsamen Publikationen stammt aus dem Jahre 1999: „Integration und Identität – eine Herausforderung für Europa und Israel“. Er ist Direktor des Instituts für Europäische Studien an der hebräischen Universität Jerusalem und wird von der „B'nai B'rith International“ als einer ihrer Sprecher genannt. Der Grad der Wahrheitsliebe der BB tritt zutage in der Ehrung und offen zugegebenen Zusammenarbeit mit den Grünen, mit H.Kohl, F.v.Weizsäcker und Günther Beckstein, der als mehrfacher Gast der BB-Loge zusammen mit den Grünen einen kürzlich gescheiterten Versuch der Brückenbildung zwischen türkischer DITIP und der deutschen Öffentlichkeit hinter sich hat, sowie durch die Behauptung der BB international, Martin Hohmann habe eine „bestürzende antisemitische Hetzrede (englisch: ‚rant‘)“ gehalten, in der er die Juden als „Rasse (englisch: ‚race‘) von Tätern“ bezeichnet habe. Auch an die Verleihung der B'nai B'rith-Medaille in München 1997 an eine leitende Persönlichkeit der Bertelsmann-Buch AG ist zu erinnern, nachdem der zur Bertelsmann-Gruppe gehörende Siedler-Verlag zuvor „Goldhagens antideutsche Kollektivschuld tirade“ veröffentlicht hat – ein Begriff, der von einem jüdischen Autor stammt. Außer in Form ihres exekutiven Armes, der „Anti-Defamation League“ und in Form von Preisverleihungen tritt die BB, zumal in Europa, selten öffentlich in Erscheinung. Dies hebt die Bedeutung dieser wenigen Ereignisse, insbesondere dann, wenn der Name der Loge öffentlich nicht in Erscheinung tritt: Die sogenannte „Antisemitismus-Konferenz“ in Berlin vor 1^{1/2} Jahren war keine allgemeinjüdische Konferenz, sondern eine als solche nicht öffentlich bezeichnete Konferenz der „B'nai B'rith international“, ein Sachverhalt, der offenbar auch gegenüber den nicht-zionistisch orientierten jüdischen Teilnehmern verschleiert wurde. Innerhalb der Illuminaten-Struktur nimmt die BB bekanntermaßen eine hohe und mit ausführender Gewalt versehene Stellung ein, wobei die seit dem 19. Jahrhundert außerhalb jeder Spekulation stehende Existenz der Illuminati auch noch aktuell von jüdischen Stimmen bestätigt wird, etwa im Zusammenhang mit der französischen Fremdenlegion. Der aktuelle Bezug zum Jahrtausendwechsel ist die Statue des Freimaurers des schottischen Rituals, Ku-Klux-Klan-Gründers und Konföderierten Albert Pike in Washington D.C. Zusammen mit Giuseppe Mazzini, dem Gründer der italienischen Mafia und der Loge P1, der Vorläuferloge der heutigen P2-Loge, führte Pike die von Adam Weishaupt gegründete Organisation der Illuminati weiter. Nach Pikes eigenen Aussagen war er zudem Satanist und ein Agent der britischen Krone. Seine Äußerungen über Adonai (Christus), Gott, Luzifer und den Plan für die kommende Weltherrschaft sind aus seinen Schriften zitiert worden, die wiederum in der britische Nationalbibliothek London und der Bibliothek des schottischen Ritus in Washington D.C. einsehbar waren. Das

genannte Denkmal war in der letzten Dekade des 2. Jahrtausends n. Chr. Gegenstand einer heftigen Diskussion und der Bemühung zahlreicher Organisationen und Staaten der USA, das Denkmal entfernen zu lassen. Das Anliegen scheiterte maßgeblich am Widerstand der B'nai B'rith, die heute in Erscheinung tretende und durch Aufstachelung initiierte rassistische Aktivitäten des Ku-Klux-Klans nach offiziellen Angaben bekämpft, aber sehr wohl weiß, daß KKK-Mitglieder mehrheitlich auf den Mitarbeiter- und Informationslisten von FBI und CIA geführt werden, KKK-Ritter um 1991 maßgeblich an der Aufstachelung deutscher Jugendlicher zu Brandanschlägen beteiligt waren, und die BB selbst während des amerikanischen Bürgerkrieges auf der Seite der Konföderierten für die Beibehaltung der Sklaverei agierte. Immerhin ist der Wirbel um das Pike-Denkmal in Washington so maßgeblich, daß sich die Grand Lodge of British Columbia and Yukon zum frustrierten Versuch einer öffentlichen Stellungnahme gezwungen sah: Es sei unbewiesen, daß Albert Pike den KKK gegründet habe, gestützt durch die plakative Überschrift "Albert Pike hat nicht den Ku-Klux-Klan gegründet"; es sei unbewiesen, daß Albert Pike mit der B'nai B'rith ein Abkommen unterzeichnet habe; die „Ritter des Goldenen Kreises“ und die B'nai B'rith hätten nichts mit der Freimaurerei zu tun (was sogar stimmt, wenn man bedenkt, daß die BB über der Freimaurerei steht und zu allen deren eingeweihten Zirkeln Zutritt hat, was umgekehrt nicht der Fall ist). Die Kenntnis dieses in seinem Umfang kaum erstaunliche Vernetzungswerk ist ein gutes Fundament um seine Aktivitäten hinsichtlich der angestrebten Bildungspolitik zu verstehen und zu hinterfragen.

Angestrebte „Bildungspolitik“

Wesentliche Grundlage auf nationaler Ebene ist die bereits erwähnte antihumboldtsche Studienreform mit dem zentralen Aspekt der Studiengebühren und der damit verbundenen gezielten Verschmälerung des allgemein und akademisch gebildeten Bevölkerungsspektrums. Dies ist der Versuch, David Rockefellers Aussage von 1991 im Zuge der derzeit als alternativlos propagierten Globalisierung durchzusetzen: „Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Weltbanker ist mit Sicherheit der nationalen Selbstbestimmung vorzuziehen“. Auch hier schließt sich der Kreis zu den Bilderbergern: Wolfowitz, der Kriegstreiber und Hauptwortführer der Diffamierung Deutschlands und Europas vor Beginn des Irak-Krieges kam vor wenigen Wochen an die Spitze der Weltbank. Weltweite Proteste wurden schnell im Keim erstickt, eine offene Nennung der Namen der Bilderberger in den offiziellen Medien wird weiterhin gemäß dem entsprechenden Diktat, wenn auch nur noch krampfhaft, vermieden. Diese unzulässige Manipulation der öffentlichen Bildung wird begleitet von der (für die Nachwelt zum Glück als lachhaft erkennbaren) Schöpfung des Begriffes „Denkfabrik“ bzw. „Think-Tank“. Die unverrückbare Anerkennung der Rockefeller-Prämisse hat das Netzwerk um das CAP im Deutsch-Jüdischen Dialog selbst formuliert: Man lasse sich in der Beziehung zum Nahen Osten nicht durch die aktuelle Tagespolitik von den langfristigen und strategischen (!!) Fragen ablenken, die für Israel und den nahen Osten, aber auch Europa insgesamt wesentlich sind. So haben die in Israel initiiert Projekte alle mit den Begriffen ‚Bildung‘ und ‚intellektuelle Elite‘ im Rockefellerschen Sinne zu tun: Aufbau der ersten Journalistenschule, Institut zur Demokratie- und Toleranzerziehung, Austausch und Ausbildung der vom CAP als solche

bezeichneten „Young Leaders“. Eine sinngemäße und auf Deutschland bezogene Kopie der Rockefeller-Aussage fiel ebenfalls im Rahmen des Deutsch-jüdischen Dialogs durch Salomon Korn, ebenso wie eine stützende Aussage von Joschka Fischer: „Es bleibt nur die Hoffnung, daß die nachwachsende Generation in einem Deutschland leben wird, das künftig stärker an seine föderalistischen als an seine zentralistisch-nationalstaatlichen Traditionen anknüpft ...“. Fischer stützt diese Entwicklung, indem er die Notwendigkeit einer Abkehr vom Staatsangehörigkeitsrecht von 1913 und seiner ideologischen Grundlage fordert, eine Forderung, die mit derjenigen des „Jerusalem Center for Public Affairs“ (s.o.) übereinstimmt. Grundlage für das vom Netzwerk angestrebte und kaum erstaunliche Bildungsniveau bildet dessen finanzielle Haupteinnahmequelle: zwar haben die RTL-Sender mittlerweile verstanden, daß Gewalt- und Horrorfilme an Feiertagen für die eigenen Intentionen kontraproduktiv sind, dafür bewegt sich aber das durch vermittelte Sprache und Sozialverhalten getragene Bildungsniveau nach wie vor weit unter dem der anderen Kabelsender. Medienhistorisch könnte Bertelsmann mit einer maximalen Spannweite des von ihm gezielt verfolgten Niveaus Geschichte geschrieben haben: ‚Big Brother‘ und allerlei Geiles für das Volk, für eigene Bedürfnisse und nach eigener Wortwahl jedoch „psychoanalytisch-tiefenhermeneutische Rekonstruktionen von Medienbeiträgen“ deren Ergebnisse anschließend mit roten und grünen Sonnenschirmen illustriert werden. Damit sollte ab jetzt das Profil des vom Netzwerk um Bertelsmann angestrebten Bildungsprogramms außerhalb jeder Spekulation stehen: Generierung einer nach unten nivellierten multiethnischen und scheinpluralistischen Gesellschaft zwecks Versuchs der intellektuell ungefährdeten Durchsetzung einer diktierten Weltordnung mit dem momentanen Zwischenstadium der sogenannten ‚EU-Verfassung‘. Um diesen Sachverhalt zu unterstreichen wird gemäß der Ankündigung von Verheugen ein Exemplar der EU-Verfassung am 22. April 2005 ins All geschossen werden. Damit ist die Richtigkeit der Standpunkte von Plato, HS Chamberlain und GB Shaw zum Thema „Demokratie“ am Beispiel der „westlichen Demokratien“ und ihrer stützenden Mächte überprüfbar geworden! Belegend ließe sich dem noch das Demokratieverständnis manches heutigen Parteienforschers hinzufügen, der über den stimmabweichenden SPD-Abgeordneten im aktuellen Wahlkampf in Schleswig-Holstein berichtete: der mit seinem Stimmverhalten das Recht auf seine persönliche Überzeugung wahrnehmende Abgeordnete habe „das Schutzrecht der geheimen Abstimmung mißbraucht. Solche Leute darf man keiner Partei wünschen. Das wäre das Ende der Demokratie“. Auch diese Äußerung wirft ein eindeutiges Bild auf das hierzulande offizielle Demokratieverständnis – sicher ein stichhaltiger Anlaß, die bildungspolitischen Exportambitionen von ‚Denkfabriken‘ in Sachen Demokratie zu hinterfragen.

Insbesondere das deutsch-jüdische Verhältnis betreffend ist in Deutschland eine verstärkte Berücksichtigung des Alters bei der „Wissensvermittlung“ zu verzeichnen, was sich in dreifacher Hinsicht äußert: 1. Die Berücksichtigung verschiedener Altersgruppen bei der historische Aufarbeitung an Gedenkstätten, wie etwa das Beispiel des KZs Osthofen zeigt; 2. die Erkenntnis des Schwindens der Zeitzeugen des zweiten Weltkrieges, was Guido Knopp zur Ankündigung einer geänderten Vermittlung der Historie mittels Spiel- und Kinofilmen und zu unwahren Aussagen ermutigt: „Die Geschichtserinnerungsphase ... begann in den 90er Jahren. Erst da waren die Zeitzeugen bereit, sich zu erinnern“; 3. der im deutsch-jüdischen Dialog geäußerte Wunsch, die Altersgrenze für die Vermittlung der Themenkreise ‚Ausländer‘ und ‚Juden‘ weiter nach unten bis in das Kindergartenalter (!) auszudehnen. Letzterer Vorschlag mag manchen jungen Führer zum Begriff „Land der Täter“ hingerissen haben, so wie auch im Internet vielfach noch die volle Wortkombination „Die Deutschen sind ein Tätervolk“ zu

finden ist. Dadurch ist belegt, daß mit der bildungspolitischen Deklaration des Wortes „Tätervolk“ zum Unwort des Jahres nicht der Begriff selbst, sondern dessen nicht-lineientreue Verwendung gemeint war. Auf diese stark alters- und empfindlichkeitsbezogene Problematik ging Martin Hohmann kürzlich in einer Presseerklärung ein: „Es wäre für junge Menschen eine verhängnisvolle Lektion, wenn sie den Eindruck gewinnen müssten, Meinungsfreiheit gelte nur für konforme Äußerungen und nur für ‚von oben approbierte‘ Redner. ... Mein Rat: Tiefer hängen, erstmal zuhören“. Demgegenüber steht der von Bertelsmann in der Übersicht zum Deutsch-jüdischen Dialog publizierte und unkritisch übernommene Standpunkt der B'nai B'rith: „Was macht jedoch eine Wertegemeinschaft (gemeint ist die EU) ... wenn in einzelnen Regionen ... sich ein Echo der 30er Jahre wieder findet. Mit Blick auf diesen Diskurs sollte die Empfindlichkeit so ausgeprägt wie nur möglich sein. Diese Mechanismen mögen rechtlich fehlerhaft (!!) und problematisch sein und könnten in einzelnen Fällen sogar negative Rückwirkungen haben. Jedoch haben sich Haider's Chancen, der nächste Kanzler zu werden, gerade wegen dieser Sanktionen verringert“. Doch es finden sich auch seriöse jüdische Stimmen, etwa in Form kritischer Äußerungen zur Israel-Politik, zum Zionismus und zur sogenannten ‚Israel-Lobby‘ in Deutschland. Aber diese Kritik wird oft fälschlicherweise mit Äußerungen verknüpft, die für sich genommen nicht von der Hand zu weisen sind, die aber mit dem Faktum der geäußerten Kritik in keinem kausalen Zusammenhang stehen bzw. stehen können. Ein Beispiel ist die Schlussfolgerung, daß die Kritik vieler Juden an den genannten Phänomenen den „böartigen Unfug von einer antideutschen Verschwörung des Judentums“ widerlege.

Zentrales Element der offiziellen politischen Bildungsoffensive in den sog. westlichen Demokratien ist die Methode der Ausklammerung zwecks Vermittlung einseitiger Informationen, die für sich genommen durchaus zutreffend sein können. Grundlage bildet dabei die heute für alle offiziellen Medien gültige Aussage des Bilderbergers David Rockefeller von 1991 über die Washington Post, die dem bereits genannten Zitat über die ‚intellektuelle Elite‘ vorausgeht: „Wir sind der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen großen Publikationen dankbar, deren Direktoren seit fast vierzig Jahren unseren Treffen beigewohnt und ihr Versprechen der Verschwiegenheit gehalten haben. Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre dem Licht der Öffentlichkeit ausgesetzt worden wären. Inzwischen ist aber die Welt höher entwickelt und darauf vorbereitet, einer Weltregierung entgegenzugehen. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Weltbanker ist mit Sicherheit der nationalen Selbstbestimmung vorzuziehen“. Es müssen zahlreiche Beispiele für ‚dem Licht der Öffentlichkeit‘ im Sinne Rockefellers entzogene Fakten und einseitig vermittelte Informationen durch die offiziellen Medien ins Bewusstsein gerufen werden, deren Liste umfangreich sein muß aber nicht vollständig sein kann: Ausklammerung von vollständigen und in allen darin genannten Einzelfakten belegbaren Originaltexten und Reden von Persönlichkeiten, über die feindselig berichtet wird (Schill, Möllemann, Hohmann, Ganzel); Etablierung einer einseitigen und instrumentalisierten Gedenkkultur mit Anfeindung von Gedenkveranstaltungen für andere historisch belegte Tatsachen (Streit um das Mahnmal für die Vertriebenen; das Mahnmal für die Opfer der Berliner Mauer muß entfernt werden und wurde als „historisch unwahres Disneyland“ bezeichnet); Ausklammerung von Argumenten und freier Meinungsäußerung durch die Straßen besetzenden Klamauk (Berlin – bevorstehender Jahrestag des Kriegsendes); Ausklammerung von Argumenten durch Ausweisung kritisch argumentierender Ausländer unter Verwendung der Vokabeln „Hass“ und „Unwahrheit“; Bildungspolitische Ausklammerung wesentlicher Fakten aus der

Frühgeschichte der Europäischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg (Joseph Retinger, Bilderberger, Economic League for European Cooperation, Finanzierung des Löwenanteils dieser Bewegung seit 1949 durch die CIA, Amerikanisches Komitee für ein Vereinigtes Europa mit seinem stellvertretenden Vorsitzenden und CIA-Direktor Allen Dulles); Ausklammerung von Berichten über Proteste und Argumente der Bürger gegen die EU-Verfassung, wobei sich die Ausklammerung auf eine offen zugegebene Bertelsmann-Prämisse stützt (Berichte über die diesjährigen Ostermärsche, Aussage der Bertelsmann-Stiftung in den ‚Venusberg-Reporten‘: „Die Distanzierung des einfachen Bürgers von den Zielen der European Security and Defense Policy -ESDP, in der EU-Verfassung verankert- ist eine sehr große Gefahr“); Methode der portionierten, zeitlich gestaffelten und unmerklichen Zugabe von streng limitierten Wahrheitseinheiten mit dem Ziel der Beibehaltung des bildungspolitischen Status Quo vor Beginn dieser Wahrheitszugabe (Gedenkfeiern zwischen dem 27. Januar 2005 und heute mit nahezu vollständiger Zugabe der Erkenntnisse von Fritjof Meyer bei weiterhin bestehender Ausklammerung aus der öffentlichen Diskussion, Häufigkeitszunahme wichtiger Begriff wie „Krankheit“ und „Unterernährung“, kumulierend um das Ende von entsprechenden Medienberichten mit anschließend schnell folgendem Schnitt); Designtechnisch anspruchsvolle Erregung von Aufmerksamkeit über menscheitsgeschichtlich bedeutende Sachverhalte, deren vollständige Offenlegung erst für spätere Jahre angekündigt werden (Berichte über das angeblich gefundene ‚Judas-Evangelium‘); Ausklammerung von Berichten über das Ausmaß der diesbezüglichen Bedeutung (gezielte Zerstörung und Plünderung großer Teile des Nationalmuseums in Bagdad mit allen Konsequenzen für eine künftige Offenlegung der babylonischen, arischen und gegen Jahwe gewandten Geschichte und damit der Wiege unserer heutigen Kultur); Ausklammerung von Informationen über die Ziele wahrer Bildungspolitik sabotierende und explizit geduldete Wirtschaftsspionage durch sog. ‚befreundete Nationen‘ im Bundesland von bildungs- und regionalpolitisch ambitionierten Mitläufern und Mahnern um den Untergang und die gewaltigen Probleme Europas; fortgesetzte Anmahnung von ‚Pressefreiheit‘ gegenüber Ländern außerhalb der westlichen Demokratien, etwa Russland und China, bei eigener fortgesetzter und nicht mehr zu kaschierender realpolitisch instrumentalisierter Pressezensur (z.B. Skull & Bones in Amerika, Bilderberger-Konferenzen; Originalpublikationen der Reden von angefeindeten Persönlichkeiten); Versuche der Aufwertung der sogenannten privaten, also durch Stiftungen und deren Netzwerke finanzierten Sender mittels Ausschaltung der nicht vom Markt finanzierten öffentlich-rechtlichen Sender (jüngste Behauptung der EU-Wettbewerbskommissarin, der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland verzerre den Wettbewerb und stehe daher nicht im Einklang mit dem Deutschen Grundgesetz).

Vor dem Hintergrund einer mangelhaften internationalen Bewusstwerdung der Methoden und Kernziele dieser Art von „Bildungsoffensive“ besteht die ernste Gefahr, daß vom Netzwerk um CAP-Bertelsmann Aussagen verbreitet werden, die bei isolierter und geschöner Präsentation durchaus Überzeugungscharakter bei wenig informierten Person entfalten könnten. Beispiel: „Eine neue Generation und neue Stimmen wollen gehört werden. Ihnen muß eine Plattform für eine freimütige und informierte (!!) Diskussion geboten werden, die zu gewissenhafter (!!!) Reflexion und - wie zu hoffen ist - positivem Handeln führt“, dies eine Aussage von Lord Weidenfeld zum Deutsch-jüdischen Dialog, welche vor dem Hintergrund der zuvor genannten Beispiele für den Fortbestand der Rockefeller-Prämisse von 1991 als Grotteske zu werten ist. Gleiches gilt für die bildungspolitischen Vorgaben des Netzwerkes für den Nahen Osten, wie sie von Bertelsmann in der Schrift „Europa und der Nahe Osten“ publiziert wurden. Diese

Vorgaben gehen von der bewusst simplifizierenden Aussage aus, die Glaubwürdigkeit des Westens im Allgemeinen und der USA im Besonderen sei in den Ländern des nahen Ostens nicht besonders hoch“. Damit wird versucht, die zugunsten Deutschlands ausfallende differenzierte Betrachtung der westlichen Länder durch die muslimischen Nationen gezielt zu nivellieren. Stattdessen wird unverhohlen die Notwendigkeit betont, das Image der USA und Europas durch eine „Ausgeklügelte Werbestrategie“ (!) zu verbessern. Auf diesem Fundament baut sich eine „Bildungs“-Strategie für den nahen Osten auf, deren anmaßender Charakter aus dem folgenden längeren Zitat hervorgeht:

„Eines der Kerngebiete für Demokratisierung und Reformen, das noch auf lange Sicht kritisch bleiben wird, ist der Aufbau von Wissenskapazität, wie sie im Arab Human Development Report hervorgehoben wird. Dieses Thema in seinen Dimensionen von Verbreitung des Wissens (Schule, Medien) und der Produktion (!!) von Wissen (Forschung und Entwicklung) wird zur politischen und ökonomischen Entwicklung und damit zur Stabilität in der Region beitragen. In diesem Kontext ist die Zusammenarbeit im Bereich Schulbildung und Human Resources von grundlegender Bedeutung. Die Notwendigkeit zur Reform von Bildungseinrichtungen ist in den Ländern des Nahen Ostens in den Fokus der öffentlichen Debatte gerückt. In vielen Ländern zielen die Lehrpläne vor allem auf Auswendiglernen ab, und die Abschlussprüfungen dienen als wichtigster Bewertungsfaktor für die Leistung eines Schülers. Das lässt wenig Raum für Kreativität und Beteiligung, die für die Entdeckung talentierte Schüler und ihre optimale Förderung unerlässlich sind. Daher sollten die transatlantischen Partner technische Hilfsprogramme und andere Formen der Zusammenarbeit unterstützen, zum Beispiel die Ausbildung von Lehrern; die Überarbeitung von Lehrplänen entsprechend neuesten Erkenntnissen einschließlich der Einführung in die Grundsätze von Demokratie und Menschenrechten, sowie die Förderung von Berufsausbildung. Lehrer aus der Region sollten Bildungseinrichtungen in Europa und Amerika besuchen (!) und die besten Methoden beobachten; Austauschprogramme für Höhere Lehranstalten sollten eingerichtet werden. Bildung und Entwicklung von Human Resources sind Schlüsselfaktoren für wirtschaftliche und politische Entwicklung. Die transatlantischen Partner sollten sich im Rahmen eines konsistenten und kulturell einfühlsamen (!) Ansatzes für Reformen und Demokratisierung in der Region engagieren.“

Immerhin bedeutet diese Publikation eine bislang maximale Abwendung von der Rockefeller-Prämisse durch deutliche Artikulation des Netzwerkes und seiner Ziele im ‚Licht der Öffentlichkeit‘: Das durch den Zionismus geprägte und mit dessen Zielsetzung praktisch deckungsgleiche Netzwerk versucht, den arabischen Ländern des nahen und mittleren Ostens mit wohlwollenden Worten eine bildungspolitische Offensive und eine Werbestrategie anzukündigen ! Die wirtschaftliche Abhängigkeit und die vielfach gezielt durch Israel zerstörte Infrastruktur spielt leider eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Durchsetzbarkeit derartiger politischer Absichten. Gelingt es den Menschen des nahen und mittleren Ostens jedoch, ihre bisherige Klarsichtigkeit über alle äußeren Probleme hinweg zu bewahren und weiterhin furchtlos zu artikulieren, so bestehen gute Chancen, die gesamte Zielsetzung des hier behandelnden Netzwerkes vollends ans Tageslicht zu bringen. Ohne die Absicht der Belehrung können die Europäer den Menschen im nahen und mittleren Osten mitteilen, daß die angekündigten „bildungspolitischen Absichten“ des Netzwerkes für uns nichts Neues sind und hier mit dem auf der Straße vielfach gebrauchten Begriff „Umerziehungsversuche“ umschrieben werden.

Angestrebtes Bildnis von Christentum, Deutschland und Europa als Voraussetzung für die neue Weltordnung

Das Christentum ist bis heute die offiziell uneingestandene geistige Mitte und Deutschland das politische Herz Europas. Damit ist die Formung des Bildnisses von Christentum, Deutschland und Europa ein zentrales Anliegen des hier behandelten Netzwerkes als Voraussetzung für die Durchführbarkeit der von ihm verfolgten geopolitischen Strategien. Ausgangspunkt ist eine Doppelstrategie: der Versuch der weitgehenden Reduktion des Christentums auf das Judentum und der Versuch, mittels der Populärmedien zentrale Punkte der Botschaften des neuen Testaments in Zweifel zu ziehen. Der erste Teil der Doppelstrategie und seine geopolitische Instrumentalisierung werden von dem eng mit CAP/Bertelsmann verbundenen Wolfgang Schäuble formuliert. Hinsichtlich ihrer Kausalität gibt diese Aussage aus dem Jahre 2005 das offiziell angestrebte Selbstbild der heutigen ‚christdemokratischen Politik‘ treffend wieder: „Die Europäer müssen begreifen, daß die Werte des christlichen Europas auf dem Judentum basieren. Israel zu unterstützen, als einzige wirkliche Demokratie im Nahen Osten in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben, muß deshalb ein vitales Interesse Europas sein.“ In den Massenmedien, vor allem in den Sendern von ZDF und Bertelsmann, sind es insbesondere die im zeitlichen Umfeld christlicher Feiertage gesendeten Berichte von angeblich neuen Erkenntnissen über das Leben Christi, gepaart mit der Schlussfolgerungen, wesentliche Abschnitte der Evangelien seien rein erfunden. Auch das Unwort „christlich-jüdische Religion“ wird bereits offen verwendet. Eine weitere Differenzierung des Christentums wird in medienvermittelten Stellungnahmen vermieden, insbesondere ein vom Judentum unabhängiges christliches Selbstverständnis. So wird denn auch der neue Papst noch vor seiner Wahl in klare Schranken verwiesen: „Der nächste Pontifex maximus, wie immer er auch heißt, wird seine Ziele jedenfalls mehr am Innenleben der katholischen Kirche orientieren müssen“ (redakt. Kommentar der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 09. April 2005). Die Konstanz und politische Instrumentalisierung des medial verbreiteten Bildnisses des Christentums wird durch seine zeitliche Einrahmung belegt: die zahlreichen und z.T. uneingestandenen Dokumente des 19. Jahrhunderts, gipfend in der Aussage des Gründers der ‚Alliance Israélite Universelle‘ Isaak Adolphe Crémieux: „Das Werk ist groß und heilig. Der Katholizismus, unser hundertjähriger Feind, unterliegt, auf das Haupt geschlagen ... Der Tag ist nicht mehr fern, wo die Reichtümer der Erde ausschließlich den Juden gehören werden“. Diplomatisch und portioniert wird der gleiche Sachverhalt in einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahre 1997 umschrieben, die sich im Wesentlichen auf das Schuldeingeständnis der Deutschen Bischofskonferenz aus dem Jahre 1945 bezieht („Die Kirche bekennt, auch eine sündige und der Umkehr bedürftige Kirche zu sein“) und gegen Ende einen Schlüsselsatz des israelischen Dichters Elazar Benyoetz zitiert: „Rom wie Jerusalem sind nur noch über Auschwitz zu erreichen“. Wer eine kritische Beschäftigung ablehnt mit dem Argument, daß insbesondere entsprechende Schriften des 19. Jahrhunderts längst als Fälschungen widerlegt seien, der verkennt, daß in dieser Frage längst eine Umkehr der Beweislast eingetreten ist: Es nicht die Pflicht des Bürgers, des Politikers und des Forschers beim Zitieren aus diesen Dokumenten deren Echtheit zu beweisen, sondern darauf hinzuweisen, daß die Weltpolitik seit Ende des 19. Jahrhunderts in die gleiche Richtung verläuft, wie sie in den Dokumenten

angekündigt wird. Außerdem müssen die zahlreichen mehr als 2 Jahrtausende auseinander liegenden Formulierungen gehört und gelesen werden, die selbst offiziell unbestritten sind - Beispiele: die Aussagen im Talmud über Jesus und Maria (etwa Sabbath Fol.104b), David Ben Gurions Aussage aus dem Jahre 1962 („In Jerusalem ... wird der Sitz des obersten Gerichtshofes der Menschheit sein“), die Aussage im Talmud – Erubin 43b über den Vorabend des Sabbath („... Elijahu kommt dann nicht, der Messias aber wohl, denn wenn der Messias kommt, sind alle Sklaven der Jisraéliten“).

Vergleichbar dem einseitig instrumentalisierten Bild des Christentums wird versucht, das Bildnis Deutschlands einseitig an seine jüngere Vergangenheit und an die Sicherheitsinteressen Israels zu binden, was von der Bertelsmann-Stiftung auch als grundlegende Prämisse genannt wird. So ist die ausgeprägte Redundanz verständlich, mit der diese Prämisse von CAP/Bertelsmann in zahlreichen Schriften und in verschiedenen Zusammenhängen jeweils variiert dargelegt wird, teils als Behauptung, teils als Forderung. An einer Stelle räumt Bertelsmann der Kontrollfunktion des Deutsch-jüdischen Dialogs zur Einhaltung dieser Prämisse oberste Priorität ein: „Die Themenauswahl (des Dt.-jüd.Dialogs) folgt einem klaren Muster. Erstens steht das Geschehen in Deutschland und seine Auswirkungen auf die Beziehungen mit Juden weltweit im Mittelpunkt ...“. Erwartungsgemäß fehlt in dem kleinen an die Öffentlichkeit kommenden Anteil des Dialogs jeder Hinweis auf jüdische Stimmen aus Deutschland, welche die mit diesem Deutschlandbild verfolgte außenpolitische Strategie des Netzwerkes durchkreuzen, etwa Stimmen wie „Israel unterdrückt, quält, mordet“. Im Gegensatz dazu werden mehrere Personen wie etwa Ignaz Bubis und Michel Friedmann ausdrücklich positiv erwähnt: „... ist es zu verdanken, daß den Teilnehmern das Verständnis der Probleme und Dilemmata der jüdischen Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ermöglicht wurde ...“; also eine klare Ausgangsposition mit weitreichender außenpolitischer Bedeutung: Leute wie Michel Friedmann als Berichterstatter von sicherlich nicht auf das jüdische Leben in Deutschland beschränkten innerdeutschen ‚Dilemmata‘ mit allen Konsequenzen für die strategischen Planungen dieses Netzwerkes !! Teil des angestrebten einseitigen Deutschlandbildes ist ein auf die deutsche Einheit bezogenes konstruiertes Wohlwollen gegenüber Deutschland, welches seine politisch ebenso einseitige Ausrichtung stützen soll: Mehrere Hinweise auf die kühle bis feindselige Einstellung der Weltöffentlichkeit gegenüber dem wiedervereinigten Deutschland, gepaart mit dem Hinweis, daß man (Lord Weidenfeld) zur Einsicht gelangt sei, „daß ein vereintes Deutschland auch einen entscheidenden Beitrag zur Förderung der Menschenrechte in Europa und zur Förderung des Wohlstandes (!) und der Sicherheit des Staates Israel leisten kann“. Die historische Bedeutung dieser Aussage ist kaum zu unterschätzen, wenn man den Einfluß des britischen Oberhauses auf die Weltpolitik zum Zeitpunkt der „2+4-Gespräche“ und auf die der deutschen Einheit sich widersetzen Margaret Thatcher bedenkt. Welchen Stellenwert man der Rolle des wiedervereinigten Deutschland gibt, wird in der inzwischen tot geleierten und vom Deutsch-jüdischen Dialog dennoch übernommenen Formulierung deutlich, Deutschland sei neben den USA der wichtigste „Verbündete“ Israels - eine Formulierungshülse, die in ihrer wahren Bedeutung allen Deutschen noch bestens bewusst ist im Rückblick auf die Beziehungen zur USA und zur Sowjetunion während der Zeit des kalten Krieges. Als Dank für seine „Loyalität“ wird Deutschland die Beschäftigung des Deutsch-jüdischen Dialogs mit der Frage zugestanden, ob man der deutschen Geschichte „so etwas wie Normalität zurückgeben ... und Raum schaffen kann für einen schlichten Patriotismus und ein bescheidenes Nationalgefühl“. Abgerundet wird dieses streng eingegrenzte

Deutschlandbild von der bereits erwähnten Strategie, die künftigen Generationen geistig an die föderalistischen statt nationalen Traditionen zu binden.

Das angestrebte Bildnis Europas beruht auf drei Aspekten: 1. dem Versuch der Nivellierung des nationalen und völkischen Pluralismus innerhalb der jetzigen EU, insbesondere im Hinblick auf die Politik im Nahen Osten; 2. einer quasi ahistorischen Grundsteinlegung des politischen Handelns der EU, indem das nach dem zweiten Weltkrieg propagierte Geschichtsbild kritiklos übernommen wird; 3. einer die gegenwärtige politisch-wirtschaftliche Pression Europas und insbesondere Deutschlands stützenden verbalen Nötigung der EU, daß die aus der Pression erwachsenen und in der Tat vorhandenen „gewaltigen Probleme Europas“ in seiner eigenen Verantwortung liegen. Letzterer Punkt kommt exemplarisch in der bereits genannten Bertelsmann-Schrift „Europa ist erschöpft“ zum Vorschein. Der erste Punkt wird exemplarisch von Wolfgang Schäuble im Deutsch-jüdischen Dialog formuliert: „... mein Eindruck ist, daß unsere Chancen zu einer gemeinsamen europäischen Politik, die den Friedensprozess im Nahen Osten fördert, gewachsen sind“, sein Wunschbild von einer einzigen europäischen Stimme, das von Schäuble und den BRD-Medien bereits vor 3 Jahren instrumentalisiert und gebetsmühlenartig gegenüber den Gegnern des Irak-Krieges in emotionaler Weise angemahnt wurde mit dem Ziel, Deutschland zu einer militärischen Teilnahme am Krieg zu bewegen. Damit war Schäuble bereits damals in Deutschland das wesentliche und uneingestandene Sprachrohr der vor allem den Interessen Israels dienenden Kriegshetze. Unvergessen auch der Beitrag Paul Spiegels zur Diskussion um den Irak-Krieg, der damals Kanzler Schröder vorwarf, er sei „pauschal gegen Krieg“. Ein Report des ‚Jewish Chronicle‘ belegt, daß der Vorwurf an den Zionismus im Deutsch-Jüdischen Dialog zumindest formuliert wurde: Franziska Augstein erhob am 10. Jahrestag des Dialogs (2003) den Vorwurf, daß Israel einer der Haupt-Motoren des Plans für einen Irak-Krieg war und verteidigte das ‚Nein‘ Deutschlands zum Irak-Krieg als eine Reflexion der Haltung des normalen Bürgers. Von der Gegenseite wurde die Befürchtung geäußert, daß der Nachkriegs-Konsensus über die Rolle Deutschlands aufzuweichen beginne, die Politik von Bush und Sharon wurde verteidigt und der „wachsende Antisemitismus“ in Deutschland und Frankreich beklagt. Dieser Begriff des sogenannten „Nachkriegs-Konsensus“ und damit der Zugrundelegung der westlichen Machtstrukturen nach Ende des zweiten Weltkrieges belegt den Willen zur ahistorischen Grundsteinlegung des angestrebten Europabildes, was auch in zahlreichen anderen Formulierungen und Reden um Bertelsmann zum Ausdruck kommt. Als beispielhaft kann die Rede von Kwasniewski im Deutsch-jüdischen Dialog 2002 gelten: Im Wissen um die fortbestehende Unterstützung der polnischen Positionen gegenüber Deutschland durch die Kreise um das britische Oberhaus fällt neben ersichtlich unbekümmert und blümerant vorgetragenen Statements („Dank solcher Begegnungen und Diskussionen können wir den schwierigen aber wunderbaren Weg der Versöhnung beschreiten“) auch die Aussage zum Jahrestag des Kriegsendes „Die Europäer dürfen dabei nicht dulden, daß die Fakten verfälscht und die Geschichte umgeschrieben wird. Die historische Wahrheit soll die Völker Europas nicht mehr teilen, sondern die Grundlage für ihre Zukunft sein“ – eine auf der Plattform des Netzwerkes um Bertelsmann gefallene und von diesem unwidersprochen und plakativ verbreitete Aussage im Wissen um das breite Bewusstsein innerhalb Deutschlands für die polnische Geschichte zwischen den Weltkriegen, worüber an anderer Stelle bereits ausführlich eingegangen wurde. Dieses dünne Brett als Grundlage für das angestrebte Europabild und damit für die Rolle der EU bei der Durchsetzung der neuen Weltordnung offenbart sich auch bei Betrachtung der vom Netzwerk verfolgten geopolitischen Strategien.

Globalistische Strategien

Planungen und Strategien von CAP/Bertelsmann für eine EU-überschreitende globalisierte Politik lassen eine ebenso globale Vernetzung erkennen. Über die bereits dargelegte Vernetzung hinaus wurde im Februar 2005 eine Schrift mit dem Titel „Ein Pakt zwischen den USA und Europa“ gemeinsam mit zwei weiteren ‚Think Tanks‘, dem Londoner „Centre for European Reform“ (CER) und der Washingtoner „Brookings Institution“ publiziert. Der Pakt kreist inhaltlich um den von Bertelsmann unkritisch übernommenen Begriff des „Terrorismus“, was bereits Ende 2004 zur Forderung des CAP nach einem Zugriffsrechts der EU auf alle Informationen von „diversen Instituten“ der Mitgliedsstaaten geführt hat. Im Pakt finden sich erwartungsgemäße Statements über die unbedingte Notwendigkeit des transatlantischen Bündnisses zum „Aufbau einer besseren Welt“. Auch hinsichtlich seiner Anmaßung und Deckungsgleichheit mit zionistischen Interessen ist der Pakt nicht erstaunlich. So wird etwa die in der libanesischen Regierung und Infrastruktur verankerte Hisbollah als „Terroristen-Gruppe“ bezeichnet, vom Kampf gegen Terrorismus und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist die Rede, ebenso von Sanktionsmaßnahmen gegen die sudanesischen Regierung, die von USA und EU notfalls gegen den Willen der UN durchgesetzt werden sollen. Aufschlussreicher ist die Betrachtung von Profil und Vernetzung der beiden anderen beteiligten Institute. Diese publizieren auf ihrer jeweiligen Website eine mit derjenigen des CAP nahezu identische Zielsetzung, die im Falle des Londoner Instituts auch in polnischer Sprache erscheint. Das Londoner Institut kooperiert wiederum mit dem Wiener „Institut für die Wissenschaften vom Menschen“, welches bereits 2002 das Forum bot für Lord Weidenfeld und den Leiter des CER, Charles Grant, zur Durchführung des Symposiums „Europäische Erweiterung und die Zukunft der europäischen Institutionen“. Bestätigt durch den Auftritt Kwasniewskis beim Deutsch-jüdischen Dialog ist die Verbindung von CAP/Bertelsmann und CER im Wesentlichen Ausdruck des Fortbestehens der bald 100 Jahre alten Achse London-Warschau, welche die polnische Verantwortung für die Historie bisher nicht nur ausklammert, sondern sie ins Gegenteil verkehrt und in die politischen Notwendigkeiten im Sinne des Netzwerkes einzubinden versucht, wie auf dem Forum 2002 geschehen. Auch in der Vergangenheit ist das CER durch eine die amerikanischen Neo-Cons stützenden, teilweise sogar darüber hinausgehenden Rhetorik hervorgetreten. Im Februar 2003 hieß es hinsichtlich des Widerstandes der Achse Frankreich-Deutschland-Rußland: „Europa kann und sollte sich besser verhalten“. Es wurde empfohlen, daß die Regierungschefs der EU „von jetzt an, wenn sie unterschiedlicher Meinung sind, im Privaten und nicht in der Öffentlichkeit argumentieren“. Zusätzlich wird im gleichen Artikel über die Irak-Krise der EU geraten, seine Partnerschaft mit Israel auszubauen und eine „stärkere Teilnahme Israels an der EU-Politik zuzulassen“ !! Dieses Selbstporträt des CER wird abgerundet durch häufige geschmacklos-sarkastische Kommentare in großen Tageszeitungen, etwa der ‚Financial Times‘: „Ein Militärplan um Europa in zwei Stücke zu teilen“ – gemeint ist das sogenannte alte und neue Europa nach Rumsfeld’scher Definition.

Die seit 90 Jahren bestehende Washingtoner Brookings Institution ist ein Organ der amerikanischen demokratischen Partei und hatte in der jüdischen Welt trotz Vernetzung mit ‚Kissinger Associates‘ und B’nai B’rith den Ruf, die Interessen Israels „insuffizient“ zu vertreten. Dies führte in den 80er Jahren im Zuge

weltweiter Proteste wegen des Vorgehen Israels im Libanon zur Gründung des „American Israel Public Affairs Committee“ (AIPAC), das letztlich als die Außenstelle von Scharons Likud-Partei innerhalb der US-amerikanischen Politik fungiert und seitdem zu den einflussreichsten „Druckorganisationen“ auf diese Politik gehört, neben der Anti-Defamation-League der B'nai B'rith und dem „American Enterprise Institute“ um die Neo-Cons Wolfowitz, Wurmser und Perle. Der israelisch-amerikanische Doppelstaatsbürger Haim Saban führt bei AIPAC das „Saban National Political Leadership Training Seminar“ durch, das gleichzeitig der Rekrutierung und Ausbildung von „Pro-Israel-Leaders“ (der Begriff stammt von AIPAC selbst) dient und an zahlreichen Hochschulen aktiv ist. Deren Aufgabe wiederum ist u.a. gezielte Agitation im Sinne Israels und gegen diesbezüglich kritische Hochschultendenzen. So berichtete die New Yorker Zeitung „Jewish Week“ im Jahre 2003 stolz über die Aktivitäten einer Studentin und AIPAC-Mitarbeitern an der als „Epizentrum anti-israelischer Agitation“ bezeichneten Berkeley-Universität in Kalifornien. Der gleiche Haim Saban ist im Besitz der deutschen Pro7/Sat1 Media AG und damit als Verbindungsmann zwischen Hollywood, Axel Springer und deutschem Fernsehen der mächtigste Leiter im bundesdeutschen Privatfernsehen. Er telefoniert nach eigenen Angaben oft stundenlang mit Ariel Sharon, hatte die britische BBC wegen einer „pro-arabischen Haltung“ gerügt und nach Al Gores unerwarteter Niederlage im Jahre 2000 große Anteile der Brookings Institution erworben, zu deren Kuratorium er jetzt gehört. In der Ära G.W.Bush sind keine Berichte mehr über Klagen wegen „insuffizienter Unterstützung“ Israels durch die Brookings Institution bekannt geworden. Exemplarisch an den Beispielen Brookings, Bertelsmann und Skull & Bones belegbar findet somit auf breiter Ebene eine entsprechende und durch die Hochfinanz gestützte Instrumentalisierung von zahlreichen Institutionen und „Vereinigungen“ statt, die ehemals zwar nicht jüdenfeindlich, aber dennoch nicht den jüdisch-israelischen Interessen bedingungslos ergeben waren.

Das AIPAC selbst ‚betreut‘ unter Führung des Hauptlobbyisten Douglas Bloomfield das Repräsentantenhaus und den Senat. Die Homepage des AIPAC, aufgemacht im Stile der Seite einer Zentralregierung, stellt das Institut mit einem Zitat der NY Times vor: „Die wichtigste Organisation hinsichtlich der Beziehungen Amerikas zu Israel“. Zu den ehrgeizig formulierten Zielen zählt die Verteidigung Jerusalems als Hauptstadt Israels (!) und parallel zu den Zielen des Münchner CAP der Aufbau einer „neuen Generation der Pro-Israel-Leaders“. Zu den auf der Homepage zitierten Persönlichkeiten mit lobenden Worten für das AIPAC zählen: G.W.Bush, Powell (der in einer Rede vor dem AIPAC im März 2003 verkündete, nun würden die auch Israel bedrohenden Massenvernichtungswaffen zerstört werden), Peres, Rabin, Wiesel, Barak, Clinton, Gore, Lieberman und Netanyahu. Die aufschlussreichste Lobesrede stammt von Ariel Sharon selbst, denn sie lässt die direkte Verflechtung von Likud und AIPAC nicht erahnen: „... in dieser bedrohlichen Stunde brauchen wir Dich (das AIPAC) mehr als je zuvor. Du hilfst die Freundschaft zwischen Amerika und Israel zu vertiefen.“ Noch im Oktober 2004 wurde vom AIPAC übereinstimmend mit Rice, Holbrooke, Bush und Kerry das Statement publiziert, Präsident Arafat müsse weiterhin isoliert werden, 2 Monate nachdem Rice vom FBI über Spionagevorwürfe gegen das AIPAC informiert und die Anklage nach einer beispiellosen Hetzkampagne von AIPAC („Die gesamte Existenz der amerikanisch-israelischen Beziehungen ist bedroht“) schnell wieder fallen gelassen wurde. Die neuesten Aktivitäten (Stand 22.April 2005) demonstrieren eindrucksvoll, wie das AIPAC im Wesentlichen auf Finanzbasis operiert: Versuch der Durchsetzung einer Übereinkunft im Senat für einen „verstärkten Druck“ auf den Iran, wofür auf der Website stolz die Beteiligung von 15 Co-Sponsoren verkündet wird. Als Hauptziele werden die „Finanzierung von demokratischen Kräften im Iran“ und das „Abwürgen von potentiell für die

Kernenergie verwendbaren Finanzmitteln“ angegeben. Seit der AIPAC-Gründung wurde in den USA vielfach der Vorwurf der Unfähigkeit der verantwortlichen amerikanischen Politiker zu einer Trennung der national-amerikanischen von national-israelischen und jüdischen Interessen geäußert. Daß dies nicht aus der Luft gegriffen wurde, zeigt eine von der israelischen Zeitung „Maarev“ zitierte Aussage des Washingtoner Rabbiners Adat Yesrael aus dem Jahre 1994: „Zum ersten mal fühlen wir uns nicht mehr in der Diaspora, weil die amerikanische Regierung keine Goyim-Regierung mehr ist, und die Juden spielen die Hauptrolle bei allen Beschlüssen auf allen Ebenen. Deshalb werden wir das Wort Goyim (= „Nichtjude“), wie es in der Jüdischen Religion vorgeschrieben ist, nicht mehr verwenden“. Der Kreis zu Europa und CAP/Bertelsmann schließt sich über Lord Weidenfeld durch seine bereits erwähnte Behauptung, die Rede von der mächtigen jüdischen Lobby in den USA sei ein Mythos, über die EU-Verfassung mit ihren klaren militaristischen Zielen im Interesse Israels (ausführlich wurde über den Komplex Bertelsmann, Venusberg-Report, EU-Verfassung an anderer Stelle berichtet) und über eindeutige Stimmen aus Tel Aviv im Rahmen des Deutsch-jüdischen Dialoges („Wir vertrauen darauf und erwarten auch, daß Deutschland ... weiterhin seine positive Rolle im Hinblick auf Israel und das jüdische Volk wahrnehmen wird“). Die von Schäuble an mehreren Stellen wiederholte Aussage von der globalen Vernetzung dieser Position in der sogenannten „atlantischen Wertegemeinschaft“ verdeutlicht, daß über scheinbare äußere Grenzen von Institutionen und Nationen hinweg eine Gleichschaltung dieses Anspruches erfolgt ist. So ist auch die Koordination der in diesem Sinne beschlossenen realpolitischen Maßnahmen durch die bekannte Bilderberger-Gruppe auf die „atlantische Gemeinschaft“ beschränkt unter Ausklammerung von Politikern aus Afrika, Asien, Lateinamerika und dem mittleren Osten.

Angesichts der globalen Interessensvernetzungen ist die nahezu unterschiedslose und auf den nahen Osten zentrierte Zielsetzung der größeren Think-Tanks und anderer Machtorganisationen, reflektiert durch die offiziellen Verlautbarungen und Medienberichte, nicht mehr erstaunlich. In diesem Rahmen ist die Selbstintegration von CAP/Bertelsmann in diese unterschiedslose globalistische Machtstruktur nicht nur Voraussetzung für die Schaffung der neuen Weltordnung sondern das eigentliche Ziel des europäischen Kerns des Netzwerkes mit Hauptaugenmerk auf die Dominanz über die bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik. So kann es an dieser Stelle genügen, zu den aktuellen geopolitischen Begebenheiten Details beizusteuern, die möglicherweise nicht allgemein bekannt sind. Gegenüber Israel ist die Eindeutigkeit der Strategien von CAP/Bertelsmann an zahlreichen Sachverhalten belegbar: die Verteidigung der Ermordung Yassins durch Lord Weidenfeld im britischen Oberhaus mit dem Hinweis „warum will man den Menschen Israels das Grundrecht auf Selbstverteidigung verweigern?“; Dialog zur islamischen Seite hin wird nur mit „gemäßigten Islamisten“ gewünscht; von Chancen nach dem Tode Arafats ist die Rede, von den Chancen für die EU „als ehrlicher Makler im nahen Osten aufzutreten“ und von Israel als einziger Demokratie im nahen Osten (dabei die Selbstvernetzung von CAP/Bertelsmann, die Erkenntnisse Mordechai Vanunus, seiner aktuell anhaltenden „Behandlung“ durch Israel und das Problem der Bedrohung der Welt durch die Atommacht Israel ausklammernd); zahlreiche Stimmen im Deutsch-jüdischen Dialog, die zusammen mit der dargelegten Vernetzung und den eindeutigen Zielen der EU-Verfassung die Worte von Miguel Moratinos belegen: „Die EU will eine strategische Partnerschaft mit Israel gründen“ - gemeint ist die EU-Verfassung; bis heute strenge Ausklammerung der die militärischen Ziele dieser Verfassung anprangernden Argumente aus der öffentlichen Berichterstattung. So liegt das Argument von der militärischen Beteiligung Deutschlands im Nahen Osten bereits auf dem Tisch: durch den

deutschen Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses General Kujat, mit der Begründung, die deutsche Geschichte sei hierfür kein Hindernis sondern geradezu eine Herausforderung dazu! Zum Libanon wird bereits 2003 in einer Schrift mit der hintergründigen Bezeichnung ‚Bertelsmann Transformation Index‘ über mittelfristig zu lösende „strategische Schlüsselaufgaben der demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen“ aus der Sicht von Bertelsmann referiert. Es heißt: „Die gesellschaftliche Kritik an der Dominanz Syriens nimmt zwar zu, jedoch ist die (libanesische) Regierung bislang noch nicht bereit, in eine offene Konfrontation zu treten“. Wie diese libanesische Kritik an Syrien aussieht, wurde vom Netzwerk nach dem Mord an Hariri demonstriert: die mit riesigen farbigen Druckerflächen in Szene gesetzten Demonstranten, dagegen weitgehend klein gedruckt wiedergegebenen: die ungleich größeren Demonstrationen der Libanesen für Syrien und die Hisbollah und gegen Israel. Unter Verwendung typisch neoliberaler Begriffe heißt es im Kapitel ‚Ausblick‘ des Bertelsmann Transformations-Index 2003 weiter: „Es ist zumindest fraglich, ob die wirtschaftliche Expansions- Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik des vierten Kabinetts von Rafiq Hariri diese Aufgaben wird lösen können“. Es gibt viele weitere Belege dafür, daß die Nahost-Politik des globalen Netzwerkes keine echte Friedensinitiative sondern eine Polarisierung zugunsten Israels darstellt: die gemäß der Rockefeller-Doktrin berichtende ‚Washington Post‘, der Mord an Hariri „zeige, daß die Syrer weiterhin ungestraft handeln“; das seit der Lavon-Affäre von 1953 bisher von der öffentlichen Diskussion ferngehaltene Thema ‚Mord mit konsekutiver Beschuldigung Dritter als Mittel der Politik westlicher Staaten‘; der gezielte Aufbau von Spannungen zwischen dem alten Europa und der arabischen Welt (als den beiden während der Irak-Krise zusammenstehenden Machtblöcken) durch Berichterstattung der kontrollierten Medien und nötigende EU-Maßnahmen – Beispiel: Aktivität und Aussagen der Finanzkontrolleure der EU in den palästinensischen Autonomiegebieten bzgl. der Verwendung der EU-Mittel durch Arafats; die Nötigung Deutschlands durch antideutsche Aktivitäten – Beispiel: Berichte in der selbst den Begriff ‚antideutsch‘ verwendenden Presse, von den Nachfolgern Arafats sei kein Frieden zu erwarten, sondern es gehe weiter um die Zerstörung Israels (gemeint ist u.a. der der Kollaboration mit Israel verdächtige Abbas); unverminderter Druck gegenüber den bereits kontrollierten deutschen Medien – Beispiel: Friedmanns Behauptung, es werde „einseitig“ über Israel berichtet.

Die seit dem Tag des Kriegsbeginns im Irak im Jahre 2003 offensichtlich gewordene Absicht einer gezielten Ambivalenz des Verhältnisses Europa – USA wird auch durch das beschriebene Netzwerk verfolgt. Einerseits klare Unterwürfigkeits-Bekennnisse: das Wort Joschka Fischers auf der Konferenz der rassistischen, weil keine Afrikaner, Asiaten, Lateinamerikaner oder Bewohner des mittleren Ostens aufnehmenden ‚Bilderberger‘ 2003 („wir brauchen die moralische Führungsrolle der USA“); Werbung für den Schulterchluss zwischen USA und EU gegen den Iran in der Bertelsmann-Schrift „Europa und der Nahe Osten“; die Aussage, Russlands Annäherung an Syrien und Iran führe den US-Kriegsplänen Schaden zu; offene Zusammenarbeit zwischen Iraner Kommunisten und B’nai B’rith auf deutschem Boden gegen die Iranische Regierung; der Wille von CAP/Bertelsmann, zugunsten Israels den israelisch-arabischen Konflikt nicht mit dem Komplex ‚Irak‘ zu verknüpfen; die Behauptung, Europa trage Verantwortung für die ‚Stabilität‘ (soll heißen, für den durch das Netzwerk und Skull & Bones machtpolitisch geschaffenen Status Quo) im Irak mit Hinweis auf die für Europa bedeutsamen Ölvorräte. Andererseits wird der Spalt zwischen USA und Europa offen gepflegt: Von gleicher Seite, welche den Deutschland-Besuch von G.W.Bush mit vorbereitete, begleitete und auf dem Besuch die „Young-Leaders“ vorstellte wird oberlehrerhaft von „inszenierter

transatlantischer Freundschaft“ gesprochen. An anderer Stelle wird mit Hinblick auf Iran und China angemerkt, daß die transatlantischen Beziehungen im Jahre 2005 einen bislang nicht gekannten Tiefpunkt erreichen könnten. Die Instrumentalisierung dieses gepflegten ambivalenten Verhältnisses wird in der Ehrung des vielfach vernetzten Staatssekretärs a.D. Dr. Walther Stützle durch CAP/Bertelsmann 2003 deutlich: In seinem zu diesem Anlaß gehaltenen Festvortrag „Die Architektur der internationalen Beziehungen nach dem Krieg im Irak“ führte er gemäß einem Bericht des CAP aus, daß die militärische Macht der USA noch nie so stark gewesen sei wie heute, das politische Vertrauen in die Supermacht aber so schwach wie nie zuvor. Als zentrale Schlussfolgerung nennt er die Konsequenz, dass Europa militärisch und verteidigungspolitisch handlungsfähig werden müsse, um seine Sicherheit in eigener Verantwortung und mit eigenen militärischen Strukturen sinnvoll organisieren zu können. Der Aufbau einer europäischen Streitmacht sei dabei unumgänglich. Man könnte ergänzen, daß das erwähnte schwache Vertrauen in die USA aus Sicht des Netzwerkes natürlich real ist angesichts des zunehmenden Aufwachens der US-Bevölkerung und der zunehmend notwendig gewordenen institutionellen Pressuren der US-Politik zugunsten Israels einschl. des zweifachen Wahlbetrugs von 2000 (Florida) und 2004 (Skull & Bones). Es ist nicht erstaunlich, daß das Netzwerk durchaus gegen die USA agieren kann, wenn dies im Sinne ihres eigentlichen geistigen Zentrums ist – Beispiel: die 2001 vom Bertelsmann-Verlag publizierten Enthüllungen über den US-Geheimdienst NSA und das von Israel zerstörte Abhörschiff ‚Liberty‘. Im Vorwort des Bertelsmann-Verlages heißt es zu diesem bislang offen US-patriotisch und damit potentiell auch gegen Israel agierenden Geheimdienst: „Wer soll eine Organisation kontrollieren, die auf dem Weg zum Quantencomputer und zum bakteriellen Chip ist, sich dabei aber zur Geheimgesellschaft erklärt?“. Den Bush-Besuch begleitend wird auch in der deutschen Presse die Militärtrommel gerührt, freilich eine angebliche Führungsrolle der USA gegenüber Deutschland herbeiredend – Beispiel: redaktioneller Kommentar der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 04. Februar 2005: „Bundeskanzler Schröder wird Bush plausibel erklären müssen, wie er sich künftig ein differenziertes Handeln Berlins und seiner Streitkräfte (Formulierung !) vorstellt ...“. Die gleiche Zeitung berichtete am 01. April 2005 in einem unkommentierten Kurzartikel über den endgültigen geistigen Abschluss der Bush-Regierung mit dem Komplex „Irak-Massenvernichtungswaffen“ nebst dem Kunstgriff der Folgerung der unbedingten Notwendigkeit der Fortführung ihrer Politik. Dieser allein aufgrund seiner fehlenden journalistischen Aufarbeitung aufschlussreiche Kurzartikel wird daher im Folgenden vollständig wiedergegeben: „Schärfste Kritik an der Arbeit der US-Geheimdienste vor dem Irak-Krieg hat eine von Präsident George W. Bush eingesetzte Kommission geübt. Amerikas Spionagebehörden hätten bei fast allen Einschätzungen zum Thema Massenvernichtungswaffen ‚völlig falsch gelegen‘, heißt es in einem Bericht. Das Gremium warnte zugleich, dass die USA ‚Besorgnis erregend wenig‘ über Waffen und Bedrohungen durch andere Staaten wüssten“. Also: Das Fehlen von Massenvernichtungswaffen im Irak wird von Bush praktisch zugegeben, keine Entschuldigungen, durch westliche Presse und Denkfabriken unkommentierte Ankündigung der Fortsetzung der Bush-Politik gegenüber Syrien und Iran mit den gleichen Mitteln, insbesondere mittels des Vorwurfs der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen. Die Schuld an der Ermordung der Geisel Guiliana Sgreua freilich wird Italien zugeschrieben, auch hier keine Entschuldigung als Fortsetzung der seit Indianerausrottung und Hiroshima beibehaltenen und auch offen formulierten Prämisse ‚Statt Entschuldigung: Wiederholung bei Notwendigkeit‘. Im Sinne der hier dargelegten Sachverhalte arbeitet CAP/Bertelsmann auf einen Schulterchluss zwischen der EU und den USA hin !! Daß die USA mit Sicherheit versuchen wird diese Politik fortzusetzen, zeigt auch

die Neugründung des ‚Committee on the Present Danger‘, das auf seiner Homepage gleich unter dem Namen formuliert: „Dem Sieg im Krieg gegen den Terrorismus gewidmet“. Zum Iran heißt es u.a.: „Khamenei sollte verstehen, daß wenn er seine nukleare Entwicklung nicht stoppt, dann behalten wir und andere uns das Recht vor, seine nuklearen Möglichkeiten lahmzulegen“. Dieses bereits in den 50er und 70er Jahren gegen die Sowjetunion aktive Komitee ist heute im Sinne der globalistischen Gleichmache aktiv und vereinigt Persönlichkeiten des CIA, der Bilderberger und anderer bekannter Weltmächte quasi unter einem Dach: Kyl, Lieberman, Schultz, Woolsey – womit sich weltpolitisch der Kreis zur Ukraine schließt.

Beim Thema ‚Ukraine‘ ist zusätzlich zur bereits in der Einführung dargelegten Aktivität von Bertelsmann an die bereits von Dezember 1999 bis Mai 2001 existierende Regierung unter Juschtschenko-Timoschenko-Tarasyuk zu erinnern und an ihre grundsätzlich anderen Vorzeichen, die sie vor ihrer Bearbeitung durch Albright-Woolsey-CIA vorgab. Laut Bericht des ‚Eastern Economist‘ forderte bereits 1999 der Präsident des ‚All-Ukrainian Jewish Congress‘, Rabinovich, den Aufbau einer „wirklichen Demokratie in der Ukraine mit starker und einflussreicher jüdischer Komponente“. Die entsprechenden Aktivitäten blieben in der ukrainischen Öffentlichkeit nicht ohne Folgen, so daß auf Initiative des anschließend international gemiedenen Medienmannes Ihor Slissarenko ein Statement in der akademischen Zeitung ‚Personnel Plus‘ veröffentlicht wurde, in der die Aktionen der NATO auf dem Balkan und die „gefährlichen Aktionen des Internationalen Zionismus, nicht nur gegen die arabische Welt, sondern gegen anderen Regionen und Kontinente“ verurteilt wurden. Zu den Mitunterzeichnern gehörten neben vielen hohen Persönlichkeiten der damalige und heutige Präsident der Ukraine, Viktor Juschtschenko, sowie der damalige und heutige Außenminister Boris Tarasyuk. Hierüber berichtete die ‚National Conference on Sovjet Jewery‘ (NCS) im Jahre 2002. Prompt wurde von Bertelsmann im Jahre 2003 die sogenannte ‚European Neighbourhood Policy‘ (ENP) lanciert, wobei es sich um eine außenpolitische Vorgabe für die EU-Politik gegenüber Ukraine, Weißrussland und Moldawien handelt mit kaum verhülltem bindenden Charakter. Dieser bindende und imperative Charakter wird von der Bertelsmann-Stiftung in der Schrift „Europa und der Nahe Osten“ bestätigt. Es heißt: „Die EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) ... ist ein neues Instrument, das parallel zu den bereits existierenden Systemen (Formulierung !) versucht, einen Ring von stabilen und prosperierenden (!) Staaten rund um die EU zu bilden“. Im Mai 2004, also noch zur Zeit der Regierungsverantwortung durch Janukowitsch, fand in der ukrainischen Stadt Lviv der „Ukrainisch-Polnisch-Deutsch-Jüdische Dialog“ unter Mitwirkung von Boris Tarasyuk, Rita Süßmuth und der B’nai B’rith (Shlomo Avineri) statt. Der vorläufige Ausgang all dieser Bemühungen ist bekannt, der ehemalige Unterzeichner des Personnel Plus-Statements, Boris Tarasyuk, hatte sich dafür im Rahmen des Deutsch-jüdischen Dialogs bei Bertelsmann bedankt - schließlich hatte das CAP bereits im Dezember 2004, also bei noch weitgehender Offenheit des Machtkampfes in der Ukraine, verlauten lassen: „So steht schon heute praktisch fest, daß die Ukraine (der EU) beitreten wird“.

Ähnlich dem gepflegt ambivalenten Verhältnis EU – USA wird hinsichtlich des Verhältnisses EU – Türkei eine doppelschichtige Strategie betrieben. Vor dem Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurde der Beitrittsautomatismus im Sinne der Weltmächtigen ebenso vehement geleugnet wie nötigend durchgesetzt. Im Januar 2004 sagte Joschka Fischer auf dem internationalen Bertelsmann-Forum, daß wenn Europa sein Versprechen nicht einhalte, werde es einen hohen Preis dafür bezahlen müssen. Zu dieser Zeit keine kritischen Stimmen von Seiten der Denkfabriken, kein wissenschaftlicher

Sachverstand weist in diesem Zusammenhang auf das Missverständnis (besser: den Missbrauch) hinsichtlich der Verwendung des Begriffs „Versprechen“ hin, obwohl längst breit in der Gesellschaft bekannt war, daß sich diese Zusage aus den 60er Jahren auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EG und der Türkei und nicht auf eine politische Union bezieht. Nach dem Oktober 2004 dann plötzlich kritische Stimmen, freilich aus anderen Beweggründen als bei der breiten europäischen Bevölkerungsmehrheit. Einerseits wird von antideutschen Medien auf den „latenten Antisemitismus“ in der Türkei hingewiesen und es wird als Bedrohung empfunden, daß Erdogan die Tötung von Scheich Yassin als „Staatsterrorismus“ bezeichnet hatte. Gepaart wird dies mit haarsträubenden Behauptungen über die Absichten der „Deutsch dominierten EU“: sie fördere den Türkeibeitritt, weil ihr Israel als wichtigstes Stabilitätshindernis gelte – also: Unterstellung niedriger Absichten an die Adresse der genötigten europäischen Nationen. Auch von anderer Seite wird der für zionistisch-strategische Interessen wichtige und nötigend durchgesetzte Türkeiabschluss zum Anlaß für Vorwürfe gegen das genötigte Europa genommen. Zu den bereits genannten Aussagen über Untergang, fehlende Konzepte und darüber daß Europa vielleicht noch eine Chance habe gesellt sich das an mehreren Stellen klar formulierte nächste Ziel dieser zeitlich gestaffelten Strategie: „Die Achillesferse Europas ist ... das Fehlen einer strategisch denkenden Elite“. Über die Frage ‚Bauwerk oder Verschwörungstheorie?‘ erhaben ist daher die Erkenntnis über den zeitlichen Ablauf der Ereignisse: Nötigung Europas zur eigenen Endgrenzung in Zeiten eines ebenso nötigend durchgesetzten wirtschaftlichen Niedergangs und zunehmender ethnischer und religiöser Probleme; damit Schaffung der Voraussetzungen zur Einforderung einer als „stabilisierend“ angesehenen geistigen Elite Europas, die weltpolitisch bereits am Wirken ist – nach 2500 Jahren also die offene Bestätigung von Platos Bild der Demokratie: „Jede Demokratie wird mit Naturnotwendigkeit eine Oligarchie und jede Oligarchie eine Plutokratie: der Korruption und der Prostitution schutzlos ausgeliefert“.

Als wichtige Grundlage für die Durchsetzbarkeit der globalistischen Strategien wurde auch im letzten halben Jahr versucht, den geistig-politisch-wirtschaftlichen Abbau Kerneuropas fortzusetzen, womit die aus dem Netzwerk hervorgehende ‚geistige Elite‘ und ihre Handlungsfähigkeit stärker von dem übrigen Teil der Bevölkerung abgesetzt werden soll: Fortgesetzte mediale Inszenierung von kleingeistigen Disputen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wider besseres Wissen um die wahren Hintergründe – dabei gezielte emotionale Inanspruchnahme der Bevölkerung (Münzfeiring, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Beleidigung von Arbeitslosen: „Geht es uns noch nicht schlecht genug?“ – redaktioneller Kommentar der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 30. März 2005); Nötigende Durchsetzung des digitalen Fernsehens in allen Haushalten und damit Anschluß nahezu jedes Haushalts an die bisher nicht breit bekannten Propagandasender der großen Fernsehstationen; Vorführung, Demontage und Beleidigung von bisher willig dem Netzwerk ergebenden Persönlichkeiten zwecks Erhöhung der Chancen eines im atlantischen Sinne förderlichen nationalen Regierungswechsels – hierfür Verwendung von weltpolitisch vergleichsweise wenig relevanten Anlässen (Fischer live im Propagandasender Phoenix, breit gestreute Informationen über seine angeblich gesunkene Popularitätsskala, Degradierung der Bevölkerung zu Gaffern, Titanic 4/2005: „Halt durch, Arschloch“ - eine Situation, die jedem passieren wird, der sich mit dem Netzwerk einläßt und irgendwann seine Schuldigkeit getan hat); Fortgesetzte Nötigung der Opfer von feindlicher Übernahme und derer, die sich dieser entgegengestellt hatten durch diejenigen, welche die feindliche Übernahme gefördert hatten (Vodafone/Mannesmann) – hierbei zunehmende Verwendung von moralisch-ethischen Begriffen („Abenteuer Meinungsfreiheit“, „Ehrlichkeit“, „Friede“,

„Gerechtigkeit“, „gesamtgesellschaftliches Augenmaß“ und „verlorenes Vertrauen der Bürger in den Staat“ – redaktioneller Kommentar der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 06. April 2005); breite antideutsch motivierte Beleidigung Deutschlands und Europas als Folge von ebenso nötigend eingeforderten weltpolitischen Diensten (s.a. Türkeibeschluß, Erwartungen des Netzwerkes an Europa zur Kosovo-Politik, Krieg in Jugoslawien, auch nach Deutschlands Widerstand gegen den Irak-Krieg Verbreitung des Bildes von Deutschland als dem größten Kriegstreiber in Europa).

Eine besonders schlimme Entwicklung des letzten Jahres ist die medial sichtlich geförderte Etablierung der sogenannten ‚Hedge-Fonds‘ in der deutschen Finanzwelt, begleitet von Überschriften wie „Die Deutschland AG ist in Auflösung begriffen“. Es handelt sich um supranational genutzte ‚Zocker‘-Fonds, die besonders von bevorstehenden Fusionen oder Übernahmen profitieren, an deren Entwicklung die Fond-Anleger selbst beteiligt sein können (Beispiel: Vodaphone/Mannesmann 1999/2000). Initiiert wurde diese Entwicklung 1998 durch die damals illegale und trotzdem von Robert Rubin und Alan Greenspan (Council of Foreign Relations, Bilderberger) durchgesetzte Fusion von Travelers Insurance und Citibank zur weltgrößten Bank, der Citigroup, die in der Folgezeit einen Großteil ihrer Aktivitäten auf Hedge-Fonds aufbaute. Nachträglich abgesegnet wurde die freie Handhabe der Hedge-Fonds (engl. hedge = ausweichen, behindern, versperren) durch den im November 1999 verabschiedeten Financial Modernization Act, welcher das seinerzeit zur Verhinderung von Korruption und Finanzmanipulation durch Roosevelt in Kraft gesetzte Glass-Steagall Gesetz von 1933 endgültig ablöst. Geschichtlich sei angemerkt, daß die Citibank in den 20er Jahren Investoren zum Kauf von Aktien zu inflationären Preisen überredete und der Börsencrash von 1929 sowie die anschließenden Gegenmaßnahmen bis hin zum Glass-Steagall-Gesetz maßgeblich auf diese Aktivitäten der Citibank zurückzuführen waren, der gleichen Bank also, die jetzt in Form der Citigroup von der Ablösung dieses Gesetzes profitiert und wie bereits in den 20er Jahren (auch in Deutschland) in den aktuellen Schlagzeilen ist: wegen unseriöser Kreditwerbung gegenüber der jungen Generation und wegen der Manipulation der Kurse europäischer Staatsanleihen. Letztere Aktivität wurde von den obersten Bankern der Citigroup selbst als „Operation Dr. Evil“ bezeichnet, aus dem sichergestellten e-mail-Verkehr der Beteiligten wurde bekannt, daß es darum gehe „einige der kleineren Händler zu killen“. Die deutsche Staatsanwaltschaft verzichtete auf die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. Temporär bekam die Citigroup wegen dieser international angewandten Praktiken Schelte durch die internationale Notenbank, genau deren Aufsichtsmacht wird jedoch durch den Financial Modernization Act wesentlich geschwächt. Effektiv bedeutet diese Entwicklung die absolute Finanzmacht für Wall Street und Citigroup, die durch offen unkontrollierte Machenschaften ausländische, vor allem europäische und japanische Konkurrenten ausschalten, übernehmen, günstigstenfalls aber mit einem politisch gefügig gemachten Club einzelner Banken eine strategische Allianz bilden können. So ist eine mögliche Übernahme der Deutschen Bank durch die Citigroup erneut Gegenstand aktueller Spekulationen geworden. 2004 trat das neue Investmentgesetz in Kraft, wonach die Auflegung von Hedge-Fonds auch in Deutschland erlaubt ist - der Kreis zu den Geschehnissen und Machenschaften der späten 20er Jahre und all ihren weltpolitischen Folgen schließt sich, eine die aktuellen Geschehnisse einschließende gründliche Revision der Geschichte anmahndend! Wer einen Anstoß hierzu benötigt, der findet diesen in Form einer Überschrift in Lord Weidenfelds „Welt am Sonntag“ vom 13. März 2005: „US-Fonds bedrängen die Deutschland AG – Aggressive ausländische Investoren greifen im deutschen Management durch. Das wurde aber auch Zeit“.

Adressaten

Wer bis jetzt noch nicht der Überzeugung ist, daß auf die Gesamtheit der angesprochenen und nachprüfbaren Sachverhalte reagiert werden muß, der sollte nicht weiter lesen. Jedem anderen Leser wird bewusst sein, daß bereits die Erkenntnis des angesprochenen vernetzten Weltgeschehens, die gezielte Verbreitung dieser Erkenntnis und ihre reflektierte Anwendung im Rahmen der täglichen Pflichten und Verrichtungen den eigentlichen Kern seiner Strategie bilden werden. Nichts wird vom Netzwerk mehr gefürchtet, als die der Absicht zur Elitenbildung entgegen gesetzte Tendenz der breiter werdenden informierten Weltbevölkerung und der ebenso breit sich durchsetzenden Erkenntnis, daß global vertretene Ansichten über die tatsächlichen weltpolitischen Machtverhältnisse belegbar geworden sind und außerhalb jeder Spekulation stehen. Es sollte also ein zusätzlicher Ansporn sein, daß der informierte Leser bei seinen Reaktionen nicht bei Null anfängt. Wie reell die Angst des Netzwerkes ist, zeigen beispielhaft zwei Reaktionen: die bereits genannte Reaktion des AIPAC auf die Spionagevorwürfe in den USA („Die gesamte Existenz der amerikanisch-israelischen Beziehungen ist bedroht“), sowie eine Reaktion von Lord Weidenfeld aus dem Jahre 2003 auf die zunehmend kritischen Stimmen zu Israel: „Im Klartext bedeutet es das Ende Israels, mit oder ohne Bürgerkrieg, bestenfalls Massenauswanderung“. Es geht in der Reaktion auf das Netzwerk und seiner Hintermächte um das Gegenteil von Verunglimpfung, Beleidigung, Rassismus, Antisemitismus, Volksverhetzung und Agitation. Es geht um die furchtlose Vertretung von außerhalb der westlichen Medien global und mehrheitlich vertretenen Standpunkten in allen Lebensbereichen. Im hier dargestellten Rahmen betrifft dies insbesondere die öffentliche Bloßlegung der Aktivitäten des Netzwerkes, das lediglich aufgrund der fehlenden kritischen Reflexion in den Tagesmedien noch auf ein gewisses Maß an ungestörter Planung und Aktivität zurückgreifen kann. Primäres Hauptziel ist die dauerhafte Vereitelung jedes Versuches, die Aufdeckung, kritische Hinterfragung oder offene Ablehnung der Aktivitäten des Netzwerkes zu kriminalisieren und wie auch immer geartete Kampagnen gegen die auf das Netzwerk reagierenden Personen aufzudecken, sowie die Initiatoren dieser Kampagnen anzuprangern. Auf dieser Grundlage muß das mittelfristig vordringlichste Ziel verfolgt werden, auch nach dem möglichen Inkrafttreten der EU-Verfassung einen verfassungstextlich gestützten Automatismus zum Aufbau Europas als sozial ausgebrannte und hochgerüstete Streitmacht für fremde Interessen aufzuhalten. Keine Gewalt, keine Straftaten, keine Beleidigungen, keine Hetze ! – Wer zu so etwas aufruft muß sich dem Verdacht stellen, für diejenigen zu arbeiten, die er vorgibt zu kritisieren. Insbesondere Gewalt würde dem Netzwerk weiteren Auftrieb und Argumente liefern, denken wir an den instrumentalisierten Einfluss des Ku-Klux-Klan in den 90er Jahren. Nein ! – gefürchtet wird das ruhige und auf nachprüfbaren Informationen basierende freie Wort, welches in der Sache unbeugsam bleibt (Beispiele: die Diskussionen um Dresden oder auch den Kommunismus und seine Vernetzungen im frühen 20. Jahrhundert). Daß es freilich genau die nach diesem Prinzip handelnden Persönlichkeiten sind, denen derzeit am meisten zugesetzt wird, muß hingenommen werden – keine Angst !! Jeder Einzelne kann etwas bewirken, allein durch das freie Wort, durch eine kleine aber deutliche Geste zur richtigen Zeit und am richtigen Ort: Der informierte Leser und Internetnutzer; alle Menschen in allen Berufssparten, die um ihren täglichen Lebensunterhalt kämpfen und um ihrer Zivilcourage wegen Angst um das Leben und die Lebensbasis all ihrer nahe stehenden Menschen haben müssen – werdet

nicht gleichgültig gegenüber Eurer inneren Überzeugung, bei allen Schwierigkeiten und Pressionen, denen wir alle heutzutage ausgesetzt sind – lasst uns zusammenstehen, denn leider ist heute die staatliche Kunst des Auseinanderdividierens von Menschen, Behörden und gesellschaftlichen Gruppen weit fortgeschritten – lasst uns mit einer Stimme und mit unserem Wissens um die uns alle betreffende aktuelle Weltpolitik darauf antworten !! ; die Menschen aller Religionen; alle Mitarbeiter von Verlagen, Rundfunk- und Fernsehanstalten – jeder von Euch kann Einfluß nehmen auf das Wirken Eures Arbeitgebers ! ; alle Mitglieder von sogenannten Geheimgesellschaften und Logen – erkennt, daß die primäre Unabhängigkeit Eurer Gesellschaft heute nicht mehr gültig ist – nicht Ihr seid Gegenstand der Kritik, sondern der Überbau, unter dem Eure Gesellschaft scheinbar unabhängig von dem hier dargelegten Netzwerk aktiv ist – das Argument, Ihr hättet mit all dem nichts zu tun mag für den Einzelnen gültig sein, aber nicht mehr für die Vernetzung Eurer Gesellschaft - hier ist etwas im Gange was nicht mehr im rechten Winkel zu den Menschen steht – und noch etwas: derjenige unter Euch, der an die Notwendigkeit des Zwischenstadiums eines ‚Ordo ab Chaos‘ glaubt, den klagen wir an ! – bedenkt: alles, was in Euren scheinbar abgeschirmten Kreisen passiert und geredet wird, ist längst Gegenstand der freien Rede und des Denkens der gesellschaftlichen Mitte geworden ; die gewählten und politische Verantwortung tragenden Persönlichkeiten unserer Gesellschaft – nichts darf Eure auf persönlichem Wissen basierende innerste Überzeugung zum Schweigen verdammen, auch die kleinste Geste und die öffentliche Abwehr des Versuchs einer Verstrickung in Rechtfertigungsorgien ist viel wert (Danke an das Ehepaar Gretta und Wim Duisenberg und viele, viele andere bekannte Persönlichkeiten !) – wir warten unverändert auf den Ersten unter Euch, der die überfällige Erwartung seiner öffentlich verkündeten persönlichen Absage an die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk erfüllt, denn nur so kann der Rest der Mehrheit folgen! Nichts ist für uns alle wichtiger, als in dieser dunklen Zeit ein ‚Wir‘-Gefühl zu bekennen: Wir – das ist die bewusst denkende Mehrheit auf diesem Erdball, welche die eigentliche Globalisierung in unserer Zeit reflektiert.

Eine weitere gute Grundlage zur Bewusstseinsbildung sind zwei aktuell gültige Statements, die unabhängig voneinander entstanden sind, sich aber zueinander wie Frage und Antwort verhalten. Zum einen die aktuelle Stellungnahme des Präsidenten der B'nai B'rith international, Joel L. Kaplan, die in der mehrfach wiederholten Frage kulminiert „Was ist los mit uns?“. In diesem Statement findet sich die folgende Passage: „Wenn wir uns gegenseitig nicht respektieren und jeden anderen nicht fair und gleich behandeln können, dann können wir dies auch nicht von der nicht-jüdischen Gesellschaft erwarten. Und so frage ich: Was ist los mit uns?“. Zum zweiten ist die nicht zuletzt aufgrund ihres medialen Totschweigens berühmt gewordene Rede des Wiener Rabbiners Mioshe A. Friedman auf der Wiener antizionistischen Rabbinerkonferenz vom 01.Juli 2004 zu nennen. Statt eines Kommentars wird diese heute schon als historisch zu bezeichnende und zukunftsweisende Rede am Ende dieser Schrift vollständig wiedergegeben, zumal sie in ihrem Kern einen wichtigen Bezug zu den in dieser Schrift dargestellten Sachverhalten bildet. Die Rede ist auch in vielen Internetquellen im hier wiedergegebenen Originaltext einsehbar, teilweise über Sekundär-Links.

- Beginn der Rede -

Sehr geehrte Damen und Herren! Hochgeschätzte Ehrengäste, liebe Freunde!

Ich darf Sie alle herzlich begrüßen und freue mich, daß so viele bedeutende Persönlichkeiten, hochrangige Politiker und Universitätsprofessoren,

Rechtsanwälte, Ärzte, Botschafter, Oberrabbiner und Rabbiner heute hier zusammengekommen sind. Dafür danke ich herzlich. Ich bin es nicht gewöhnt, in der deutschen Sprache Reden zu halten und bitte daher um Ihr Verständnis. Ich werde meine Rede auch möglichst kurz und sachlich halten, um dann das Wort an meine hochgeschätzten Kollegen und die Ehrengäste zu übergeben.

Die Situation, in der sich das thortreue, gläubige Judentum seit Jahrzehnten befindet, ist äußerst schwierig, ja fast unerträglich. Die weltpolitische Entwicklung insbesondere im Nahen Osten läßt uns schwere Gefahren für unsere Zukunft und die unserer Kinder fürchten. Dies hängt mit vielen Irrtümern und Lügen über den wahren Charakter des Judentums zusammen, die weltweit verbreitet und geglaubt werden. Insbesondere in Deutschland und Österreich sind viele Tatsachen tabuisiert, und wer es wagt, sie anzusprechen, setzt sich großen Gefahren aus. Dennoch wollen wir bei dieser internationalen Konferenz diese Tatsachen auf den Tisch legen und daraus auch Schlussfolgerungen ziehen, denn nur so kann sich die Lage ändern, woran jeder von uns nur Interesse haben kann. Gerade jetzt, anlässlich der Theodor Herzl-Feierlichkeiten, müssen einige grundsätzliche Punkte angesprochen werden, die wesentliche Grundsätze der jüdischen Religion betreffen. Die staatlichen Feiern hier in Österreich und in anderen Ländern erwecken ja den Eindruck, als wäre der Zionismus mit dem Judentum gleichzusetzen oder zumindest eine legitime, politische Richtung des Judentums. Das Gegenteil ist der Fall!

Bevor wir diese Tatsache weiter erklären, müssen wir aber feststellen, daß es sich bei unserer Kritik nicht um eine politische Kritik handelt, sondern wir einzig und allein vom Standpunkt unserer Religion, also unseres Glaubens aus, sprechen. Wir bringen keine politischen, sondern religiöse Gründe vor, denn von der Politik halten wir uns aus moralischen und religiösen Prinzipien grundsätzlich fern. Der wichtigste Punkt, den alle glaubenstreue Juden und damit alle hier versammelten Oberrabbiner und Rabbiner teilen, ist, daß wir das uns von Gott auferlegte Schicksal der Diaspora zu tragen haben. Diese wichtige Glaubensüberzeugung wird von vielen Nichtjuden oft nicht verstanden, darum betone ich sie hier: Seitdem wir Juden das uns von Gott auferlegte Schicksal der Diaspora gläubig ertragen, versuchen wir, ohne Probleme und Konflikte als loyale Bürger des jeweiligen Staates, in dem wir uns befinden, zu leben. Wann immer es in diesen vielen Jahrhunderten zu Schwierigkeiten und Konflikten gekommen ist, haben unsere Oberrabbiner versucht, mit Unterordnung Überzeugungsarbeit und herzliches Bitten um Barmherzigkeit zu einer Lösung mit der Obrigkeit zu kommen. Und eine solche friedliche Lösung wurde in den allermeisten Fällen auch herbeigeführt und zwar ohne Provokationen oder die Spiele der Machtpolitik. Die Probleme sind erst gewachsen und größer geworden nach der sog. "Emanzipation", als die Vorstellungen der Aufklärung und des Liberalismus im Judentum Einzug hielten und bestimmte jüdische Kreise sich davon politische Vorteile erhofften. Jahrtausende hat unsere Glaubensgemeinschaft in Deutschland und mit dem deutschen Volk in friedlichem Zusammenleben dessen Gastfreundschaft genossen mit einem großen Maß an Religionsfreiheit. Sogar als die zionistische, reformierte Gemeinde das glaubenstreue Judentum zu verfolgen begann, ist uns das deutsche Volk zur Seite gestanden, die deutschen Behörden haben daher meinem Vorgänger Oberrabbiner Samsan Raffael Hirsch die Genehmigung zur Gründung einer eigenen orthodoxen jüdischen Kultusgemeinde gegeben und sie mit allen nötigen Privilegien ausgestattet. In dieser Zeit ist Theodor Herzl öfters nach Deutschland gereist, um, wo immer es möglich war, ja sogar beim Kaiser, gegen uns Stimmung zu machen und gegen das thortreue Judentum zu hetzen. Teilweise ist er dabei auf Widerstand gestoßen. Theodor Herzl hat jedoch mit seinen Aktivitäten den Antisemitismus

willentlich angeheizt, weil er dadurch die Bereitschaft der europäischen Juden zu erwecken suchte, einen Judenstaat anzustreben. Letztlich hat er damit aber die Katastrophe des Judentums herbeigeführt. Weil die Zionisten den Staat Israel herbeiführen und die jüdische Auswanderung nach Palästina fördern wollten, sind sie nicht einmal davor zurückgeschreckt, Pogrome in Russland anzuheizen und zu provozieren – so furchtbar das klingt, meine Damen und Herren, ist es doch beweisbar! Ebenso haben die Zionisten Hitler und das deutsche Volk durch Boykottaufrufe und andere politische Aktionen zu provozieren versucht, sie haben die Nürnberger Gesetze begrüßt und alles getan, den Antisemitismus weiter anzuheizen. Die Zionisten tragen daher eine wesentliche Schuld am Holocaust.

Wir orthodoxe, glaubenstreue Juden haben mit diesen Dingen nicht das Geringste am Hut gehabt. Wir haben uns nicht beteiligt an den Provokationen gegen Hitler und das Dritte Reich. Wir haben uns nicht beteiligt an den Boykottaufrufen und der internationalen Propaganda. Dennoch sind gerade wir zu den wahren Opfern des Holocausts geworden. Nach unserer Glaubensüberzeugung ist der Holocaust zwar die Strafe Gottes für das jüdische Volk, das sich im Zionismus vom Glauben abwandte, wenngleich die hauptsächlichsten Opfer dieses Holocausts die orthodoxen Juden waren. So unglaublich es klingt, ist es doch unbestreitbar wahr: Unsere Oberrabbiner haben sogar in Auschwitz deklariert, daß wir zwar den Zionismus abgelehnt und bekämpft haben, aber doch zuwenig und mit zu geringen Mitteln, weshalb auch uns die Strafe Gottes nicht unberechtigt trifft. Ich weiß, daß solche Sätze heute in Europa kaum mehr verstanden werden. Ich weiß, daß solche Sätze bei vielen Europäern Unverständnis und Kopfschütteln hervorrufen, weil die meisten Europäer auch ihren, christlichen Glauben nicht mehr ernst nehmen. Dennoch: Das ist unsere Glaubensüberzeugung! Die Zionisten aber haben es nach dem Krieg sogar geschafft, sich als einzige legitime Vertreter des Judentums darzustellen. Vor allem durch die Besetzung Deutschlands und Österreichs wurde dies ermöglicht. Die Auswirkungen sind schrecklich! Im Namen des Judentums – und wir glaubenstreue Juden haben damit wirklich nichts tun – wird seit Jahrzehnten auf die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands massiven Druck ausgeübt. Deutschland ist nach wie vor ein besetztes Land, nach wie vor gilt die Feindstaatenklausel der Vereinten Nationen für Deutschland, das heißt Deutschland ist kein gleichberechtigtes Mitglied der UNO! Beispiel für die unfassbare Erniedrigung Deutschlands ist es, daß ein Herr Michel Friedman – der leider den gleichen Nachnamen wie ich trägt –, ein moralisch fragwürdiger Kokainbenützer und Prostituiertenbesucher, die Möglichkeit besitzt, dem deutschen Volk moralische Vorhaltungen zu machen und moralische Bedingungen zu stellen – und das alles im Namen des Judentums! In Österreich ist die Situation nur unwesentlich besser. Auch hier wird ein Theodor Herzl als große Persönlichkeit dargestellt, obwohl er dem Judentum in Wahrheit ungeheuren Schaden zugefügt hat, weil er gegen den Willen Gottes versucht hat, aus einer rein spirituellen, rein geistigen Religion ein politisches Machtsystem zu machen, ein Machtsystem, das wie alle politischen Machtsysteme Gegner und Feinde hat und diese bekämpft. Die Palästinenser, die Bevölkerung Palästinas, mußte logischerweise zum Feind eines solchen zionistischen Machtsystems werden. Die Folgen, der Krieg, die Intifada, die antijüdischen Terroranschläge und die ebenso terroristischen Schläge der israelischen Armee gegen palästinensische Führer mit ebenso vielen zivilen Todesopfern sind uns allen bekannt. Als glaubenstreue Juden können wir die Lehre des Dr. Theodor Herzl niemals akzeptieren. Als glaubenstreue Juden stehen wir dem Zionismus völlig ablehnend gegenüber. Als glaubenstreue Juden sehen wir den Zionismus als Verrat an Gott und der jüdischen Religion. Wir thora-treue Juden wollen auch in Zukunft in Frieden unter den Völkern leben,

unter den Deutschen wie unter den Arabern, wir wollen kein Volk erpressen, kein Volk politisch unter Druck setzen, sondern nur die Möglichkeit haben, wo immer wir leben, in Frieden Gott anzubeten. Daher stehen wir in scharfer Opposition zur zionistischen Machtpolitik. Daher stehen wir in scharfer Opposition zu allen Versuchen, seitens internationaler so genannter jüdischer Organisationen, Länder wie Deutschland und Österreich politisch oder finanziell zu erpressen. Daher mischen wir uns auch bewußt nicht in die inneren Angelegenheiten der Länder ein, in denen wir leben. Als der Bundestagsabgeordnete der CDU, Dr. Martin Hohmann, in allen vom Glauben abgefallenen Menschen die eigentlichen Täter des 20. Jahrhunderts sah, ob Bolschewisten oder Nationalsozialisten, haben wir diese Analyse nur unterstützen können. Als gegen Österreich aufgrund seiner schwarz-blauen Regierung von verschiedenen Staaten Boykottmaßnahmen beschlossen wurden, haben wir öffentlich festgestellt, daß wir eine solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes für nicht statthaft erachten und unserer Auffassung nach das österreichische Volk jedes Recht hat, die Regierung zu wählen, die es sich selber geben will. Wir haben damals sogar aus eigener Kasse ein großes Inserat in der "New York Times" geschaltet, in dem glaubenstreue jüdische Oberrabbiner aus der ganzen Welt dieser Auffassung ihre Unterstützung verliehen haben.

Ich hoffe, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es mir gelungen ist, Ihnen klarzumachen, daß der Zionismus eines Theodor Herzl nichts mit den Überzeugungen des wahrhaft glaubenstreuen Judentums zu tun hat. Es ist hoch an der Zeit, daß auch die offiziellen Repräsentanten der Republik Österreich erkennen, daß das thoratreue Judentum von uns repräsentiert wird und daß es neben der sogenannten israelitischen Kultusgemeinde andere Ansprechpartner für sie gibt. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die wesentlichen heiklen Punkte, die wir in dieser internationalen Rabbiner-Konferenz ansprechen wollen, habe ich in meinen einleitenden Worten bereits angerissen. Ich begrüße im Besonderen und freue mich über ihr Kommen:

... es folgen einige Namensnennungen, anschließend Fortsetzung der Rede:

Abschließend möchte ich nun noch einen grundsätzlichen Appell dieser internationalen Rabbiner-Konferenz äußern: Wir tragen an die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere an die CDU-CSU-Fraktion die herzliche Bitte heran, das ungeheure Unrecht, das gegenüber Dr. Martin Hohmann begangen wurde, wieder gutzumachen, seinen hervorragenden Namen wiederherzustellen und ihn als Politiker und Repräsentanten seines Heimatkreises voll zu rehabilitieren. Wir können es nicht unwidersprochen hinnehmen, daß unberechtigterweise und gegen alle Gebote unserer Religion erpresserische Versuche unternommen werden, Menschen, die den Mut haben, die historische Wahrheit anzusprechen, als Antisemiten zu verleumden und ihnen fälschlicherweise ein antijüdisches Gedankengut zu unterstellen. Es ist unerträglich, wenn heute zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele die Geschichte des jüdischen Volkes und das Schicksal des Judentums unter Hitler als Waffe instrumentalisiert werden. Leider geschieht dies heute allzu oft. Leider wird mit dem Sterben und dem Tod unserer Vorfahren so häufig tagespolitisches Kapital geschlagen. Im Gegensatz zu diesen, regelmäßig durch die Medien geisternen Gedanken streben wir thoratreue Juden eine vollständig unbelastete, friedliche und freundschaftliche Zukunft mit dem deutschen Volk an. Daher fordern wir auch ein Ende des Besatzungsstatus von Deutschland und ein Ende der Feindstaatenklausel der Vereinten Nationen, denn nur so kann für Deutschland – und damit auch für Österreich ein endgültiger historischer Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen werden. Bevor man ein Ende des Besatzungsstatus des Iraks oder Palästinas fordert, muß man ein Ende des Besatzungsstatutes für Deutschland fordern: Das Ende eines zum großen Teil

informellen, das heißt geistig medial aufrechterhaltenen, und in dieser Form auch auf Österreich erstreckten Besatzungsstatutes, der nur durch den Missbrauch unseres Namens und unseres Glaubens so etabliert werden konnte.

- Ende der Rede von Oberrabbiner Moishe A. Friedman vom 01.Juli 2004 -

- Ende des Dokuments -